

Rüdiger Hachtmann

Thesen zur „Modernisierung“ der Industriearbeit in
Deutschland 1924 bis 1944

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.803>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Thesen zur „Modernisierung“ der Industriearbeit in
Deutschland 1924 bis 1944,
in: Norddeutschland im Nationalsozialismus, herausgegeben von Frank
Bajohr, Ergebnisse-Verlag Hamburg, 1993, ISBN 3-87916-008-2, S. 414-451

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1993), Thesen zur „Modernisierung“ der Industriearbeit in Deutschland 1924 bis 1944, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.803>

Ursprünglich erschienen als: Rüdiger Hachtmann, Thesen zur „Modernisierung“ der Industriearbeit in Deutschland 1924 bis 1944, in: Norddeutschland im Nationalsozialismus, herausgegeben von Frank Bajohr, Ergebnisse-Verlag Hamburg, 1993, S. 414-451

Rüdiger Hachtmann

Thesen zur »Modernisierung« der Industriearbeit in Deutschland 1924 bis 1944

Der in der neueren historischen Forschung gern benutzte Terminus »Modernisierung« mag insofern von Nutzen sein, als sich mit seiner Hilfe recht gut der Frage nachgehen läßt, inwieweit Kontinuitäten vom »Dritten Reich« zur Bundesrepublik bestanden und in welcher Hinsicht während der Zeit der NS-Herrschaft Entwicklungen angebahnt wurden, die erst nach 1945 zum Durchbruch kamen. Falsch wäre es allerdings, den Blick ausschließlich auf die Zeit ab 1933 zu verengen: Alle entscheidenden Elemente dessen, was für die Zeit des »Dritten Reiches« als »Modernisierung« der Industriearbeit bezeichnet werden kann, hatten sich bereits in der Weimarer Republik, seit Beginn der »goldenen zwanziger Jahre« (ab 1924/25) herausgebildet. Sie blieben allerdings aus bestimmten Gründen – die im folgenden kurz skizziert werden sollen – bis 1929/1933 auf einzelne Betriebe, bestenfalls schmale Sektoren der verarbeitenden Industrie beschränkt. Erst die grundlegenden Veränderungen der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse, die im Gefolge der nationalsozialistischen »Machtergreifung« eintraten, zogen den Durchbruch der »Moderne« in weiten Teilen der deutschen Industrie nach sich. Dies in groben Umrissen darzustellen, soll Aufgabe des vorliegenden Aufsatzes sein. Im Hinblick auf die sozialen und ökonomischen Entwicklungen, die hier angesprochen werden, wird dem Begriff »Modernisierung« folgende, einfache Definition unterlegt: Entwicklung der vorgefundenen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse hin zu einer entfalteten (»modernen«) kapitalistischen Industriegesellschaft. Die Phase 1924 bis 1944 wird vor diesem Hintergrund und mit Blick auf das Deutsche Reich als eine Art industriekapitalistische »Übergangsgesellschaft« verstanden, in der zuvor nicht vorhandene bzw. bestenfalls in Keimformen existierende Formen entwickelter kapitalistischer Produktion und dadurch geprägter Verhaltensmuster entfesselt wurden. Den Jahren der NS-Herrschaft kommt hier eine besondere Bedeutung zu, weil in dieser Zeit stärker als je zuvor ökonomische Entwicklungen durch politische Initiativen überformt wurden. Damit ist zugleich angedeutet, wo die Grenzen der An-

wendung jeglicher »Modernisierungs«-Theorie auf die NS-Zeit liegen: Isoliert betrachtet, kann man für eine ganze Reihe ökonomischer und sozialer Aspekte »Modernisierungs«-Prozesse konstatieren. Nur: Die verschiedenen Schichten des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem können nicht »sauber« voneinander separiert werden; sie waren vielfältig miteinander verknüpft und müssen insbesondere auf die politisch-ideologischen Konzepte des Nationalsozialismus an der Macht bezogen werden – wobei immer zu berücksichtigen ist, daß diese Konzepte nicht äußerlich, bloße Weltanschauung, blieben, sondern auf den verschiedensten Ebenen häufig unmittelbar handlungsleitend waren. Wenn also die Anwendung der »Modernisierungs«-Theorie auf die Zeit des »Dritten Reiches« überhaupt einen Sinn hat, dann vor allem den, sie ihrer positiv-normativen Wertungen zu entkleiden; denn keine andere Epoche der deutschen und europäischen Geschichte zeigt augenfälliger als die NS-Zeit, daß und in welchem Ausmaß der »Moderne« auch inhumane und destruktive Tendenzen innewohnen können.¹ Abgesehen davon, daß schon der kurze Zeitraum von zwölf Jahren, die das »tausendjährige Reich« überdauerte, es problematisch erscheinen läßt zu beurteilen, inwieweit in dieser Zeit überhaupt »Modernisierungs«-Prozesse einsetzten oder zur Entfaltung kamen (und schon deshalb das vorausgegangene Jahrzehnt in den Blick kommen muß), sind hier drei weitere Einwände zu nennen, die die Anwendung der »Modernisierungs«-Theorie für die Jahre 1933 bis 1945 zumindest schwierig erscheinen lassen: (a.) Das politische System des Nationalsozialismus an der Macht läßt sich nicht mit einfachen »Staats«-Kategorien fassen; getragen wurde die Herrschaft von mehreren »Säulen«, insbesondere (neben der Wehrmacht) von der (Groß-)Industrie, der hohen staatlichen Bürokratie (die allerdings eigenständige politische Interessen offenbar nicht verfolgte) und der NS-Bewegung, die ihrerseits wiederum in eine Vielzahl konkurrierender Strömungen zerfiel. Im konkreten stellt sich das Problem herauszufinden, wer für die verschiedenen »Modernisierungs«schübe oder -barrieren eigentlich verantwortlich war, welche Intentionen er dabei verfolgte etc. Mit Blick auf die im folgenden diskutierten Aspekte der »Modernisierung« läßt sich dieses Problem freilich insofern meist relativ leicht »lösen«, als hier häufig recht weitgehende Interessensidentitäten zwischen rüstungsrelevanter Großindustrie, Ministerialbürokratie und den hier relevanten Teilen der NS-Bewegung bestanden. (b.) Hochaggregierte Indikatoren nivellieren konkrete Entwicklungen, zum Teil sogar gegenläufige Tendenzen. (U.a. deshalb wird im folgenden nicht nur nach Regionen, sondern auch nach Branchen, Arbeitergruppen etc. differenziert.) Vor allem aber lassen sie »qualitative« Wandlungen, durch politische Handlungsträger angestoßene Entwicklungen der Wirtschaftsverhältnisse, die sich statistisch nicht messen lassen, unberücksichtigt. Am schwersten wiegt (c.) je-

doch, daß, wenn bei der Untersuchung einzelner »Modernisierungs«-Prozesse die nationalsozialistische Ideologie, insbesondere der Rassismus in seinen verschiedenen Formen, als handlungsbestimmendes Moment unberücksichtigt bleibt, gewollt oder ungewollt der Nationalsozialismus (weniger »historisiert« als vielmehr:) relativiert wird und damit letztlich dessen Verbrechen bagatellisiert werden.

Wenn – auch im Hinblick auf die Themenstellung der Sektion – auf den Begriff »Modernisierung« dennoch hier nicht ganz verzichtet wird, dann ist ihm obige, bewußt ökonomistisch verkürzte Definition zugrundezulegen. Er soll nun mit Blick auf die Industriearbeit konkretisiert und zugleich in Bezug gesetzt werden zu dem ebenfalls nicht eindeutigen Begriff der »Rationalisierung«. Zu unterscheiden sind dabei drei Hauptebenen, die jeweils wieder intern zu gliedern sind:

I. Die »Modernisierung« der Arbeitsbedingungen auf einzelbetrieblicher Ebene. Gemeint sind damit alle fertigungstechnischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen der innerbetrieblichen Strukturen, die der »Hebung der Wirtschaftlichkeit«, d.h. der Steigerung und Verbilligung der Produktion mit dem Ziel der Erhöhung der Unternehmensgewinne dienen. Hierzu gehören auch die von den Unternehmern vor diesem Hintergrund entwickelten und zumindest partiell realisierten Konzepte, die durch diese innerbetrieblichen Strukturveränderungen entstehenden sozialen »Friktionen« zu entschärfen. Dieser Aspekt der »Modernisierung« der Industriearbeit wird im folgenden als »Rationalisierung« bezeichnet.² Zu unterscheiden sind folgende Formen der Rationalisierung:

a. Die fertigungstechnische Rationalisierung. Im Vordergrund stehen dabei Ausweitung und Perfektionierung der Fließfertigung in der verarbeitenden Industrie.³

b. Die arbeitsorganisatorische Rationalisierung. Im Konkreten wird dabei erstens auf die Entwicklung von Arbeitsbewertungsverfahren, d.h. die »Wende« von der qualifikationsbezogenen zur tätigkeitsbezogenen Einstufung der Arbeiter, einzugehen sein. Von herausragender Bedeutung in dieser Hinsicht sind dabei der »Lohnkatalog Eisen und Metall« sowie die ihm zugrundeliegenden Vorarbeiten. Außerdem wird ausführlicher die Tätigkeit des »Reichsausschusses für Arbeitszeitstudien« (REFA) und die von diesem systematisch vorgenommenen Zergliederungen der verschiedenen Arbeitsgänge darzustellen sein. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht

c. die »Modernisierung« der Lohnsysteme. Hier geht es vor allem um die Frage, welche lohnpolitischen Konzepte von Unternehmerseite entwickelt wurden, die leistungsanreizende Funktion der Entlohnung aufrecht zu erhalten, obwohl durch die arbeitsorganisatorischen und fertigungstechnischen Veränderungen den betroffenen Arbeitern weitge-

hend die Möglichkeit genommen wurde, die eigene Arbeitsleistung selbst zu bestimmen.

d. Die »soziale Rationalisierung«. Gemeint ist damit die Ausweitung sozialpolitischer Aktivitäten auf inner- wie überbetrieblicher Ebene in der Absicht, innerbetriebliche Konfliktpotentiale zu minimieren und zu suggerieren, die Phase des »Klassenkampfes« sei überwunden und durch eine Phase einvernehmlichen Zusammenarbeitens zwischen »Betriebsführer« und »Gefolgschaft« abgelöst. In diesen Zusammenhang gehören auch die Wandlungen der Arbeitsverfassung unter dem Nationalsozialismus, insbesondere die staatliche Regulierung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die an Elemente des Weimarer Schlichtungswesens anknüpfte, und die Struktur der Organisationen und Institutionen, die für sich in Anspruch nahmen, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

e. Auf einen weiteren Aspekt, den man »gesundheitspolitische Rationalisierung« nennen könnte, kann hier dagegen nicht eingegangen werden.⁴

II. Die Veränderungen (»Modernisierung«) der Binnenstruktur der Industriearbeiterschaft auf überbetrieblicher Ebene. Sie sind wesentlich Folge der fertigungstechnischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung auf einzelbetrieblicher Ebene, ab 1935/36 außerdem auch den spezifischen Verhältnissen auf den Arbeitsmärkten geschuldet. Zu untersuchen sind dabei vor allem drei Aspekte:

a. Die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft. Üblicherweise wird die Industriearbeiterschaft gegliedert in: Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Angelernte. Neben den Veränderungen des quantitativen Verhältnisses dieser drei Arbeiterschichten zueinander wird kurz auf das Problem einzugehen sein, daß mit diesen groben Sozialkategorien die viel feinere Binnendifferenzierung in den einzelnen Branchen und Betrieben immer schwerer zu fassen war. Sehr eng damit verknüpft ist

b. die Struktur industrieller Frauenarbeit. Dabei interessiert weniger die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterinnen: Sie blieben während des hier betrachteten Zeitraumes überwiegend auf an- und ungelernete Tätigkeiten beschränkt. Wichtiger ist hier erstens die Verschränkung industrieller Frauenarbeit mit der »Rationalisierung« und zweitens die Frage nach der »Proletarisierung« der weiblichen Industriearbeit, soll hier konkret heißen: nach der Dauer industrieller Lohnarbeit.

c. Die »Unterschichtung« der deutschen Industriearbeiterschaft. Im Zentrum steht hier der »Fremdarbeitereinsatz« während des Zweiten Weltkrieges und die Auswirkungen auf die Binnenstruktur der deutschen Industriearbeiterschaft.

III. Die Wandlungen von Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensmustern der (deutschen) Industriearbeiterschaft. Hierzu können nur eini-

ge Arbeitshypothesen formuliert werden; mit Blick auf die Tagung sollen in diesem Zusammenhang auch Überlegungen formuliert werden, warum es seitens der deutschen Industriearbeiterschaft nicht zu stärkerer Resistenz gegen das NS-Regime kam.

Im Zentrum der folgenden Skizze stehen Formen und Veränderungen, denen die Industriearbeit in den Jahren 1935/36 bis 1944 unterworfen war.⁵ Verständlich werden diese Wandlungen jedoch nur vor dem Hintergrund ihrer »Vorgeschichte«, die Mitte der zwanziger Jahre begann. Das Jahr 1924 ist dabei aus folgendem Grund als Ausgangspunkt gewählt: Die Stabilisierung der Währung bildete die Voraussetzung für den ökonomischen Aufschwung und die in der historischen Forschung häufig überbewertete »Rationalisierungswelle« der »goldenen zwanziger Jahre«. In Krisen der deutschen Unternehmerschaft wurden die Vorzüge einer »Amerikanisierung« der Betriebe zwar schon vorher diskutiert; von Ausnahmen abgesehen, begannen Unternehmer jedoch erst danach, Betriebe in dem o.g. Sinn zu »rationalisieren«. Nicht zufällig datiert ferner die Gründung des REFA auf das Jahr 1924. Zugrunde lag – kurz gesagt – den hier angesprochenen Formen der »Rationalisierung« wie der »Modernisierung« der Industriearbeit auf Seiten der Unternehmerschaft das Motiv, erstens die betrieblichen Produktionskosten zu senken und zweitens innerbetrieblich die Stellung der Betriebsleitungen gegenüber den Belegschaften zu festigen und eine möglichst vollständige Kontrolle über das Arbeiterverhalten zu erlangen.

Für die Zeit des »Dritten Reiches« ist des öfteren davon gesprochen worden, das NS-Regime habe eine »Modernisierung wider Willen« betrieben. Diese Behauptung ist für die verschiedenen Aspekte industrieller »Modernisierung« kritisch zu hinterfragen. Darüber hinaus wird zu diskutieren sein, wie die verschiedenen Elemente der »Modernisierung« und »Rationalisierung« mit dem nationalsozialistischen Ideologiekonglomerat verknüpft wurden.

I.

Ähnlich wie in den USA begannen Systeme fließender Fertigung sich auch im Deutschen Reich zuerst in der Automobilindustrie durchzusetzen.⁶ Die Adam Opel AG begann bereits 1923, Fließbänder einzuführen, die meisten anderen größeren Automobilunternehmen folgten bis 1928. Auch in der Elektroindustrie und in einigen anderen Zweigen der Metallverarbeitung wurden nicht wenige Betriebe seit Mitte der zwanziger Jahre nach dem Prinzip der fließenden Fertigung neu organisiert. Nur vereinzelt gelangten Systeme fließender Fertigung dagegen in der Chemieindustrie, den verschiedenen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie sowie der Industrie der Steine und Erden zur Anwendung. Dort, wo die fließende Fertigung eingeführt worden war, wurde sie überwiegend ohne Trans-

portband, lediglich auf organisatorischem Wege hergestellt (sog. Taktarbeit). Lediglich in der Elektroindustrie sowie im Fahrzeugbau hatte Bandarbeit in nennenswertem Umfang Verbreitung gefunden (Tab. 1). Die fließende Fertigung fand jedoch selbst in der metallverarbeitenden Industrie als dem vergleichsweise am stärksten durchrationalisierten Industriesektor bis 1933 immer nur in einzelne Betriebsabteilungen Eingang; das Gros der Produktionsabschnitte blieb traditionell organisiert. Sie beschränkte sich zudem meist auf »Fließinseln«, auf wenige Produktionsschritte innerhalb des gesamten Produktionsprozesses, oder es bestand ein Nebeneinander von »fortgeschrittener« Fließfertigung (Bandarbeit mit teilweiser Integration halbautomatischer Maschinen) und unentwickelter Fließfertigung, von den Zeitgenossen als »wechselnde Fließfertigung« bezeichnet. Nach einer Erhebung aus den Jahren 1930/31 waren im Durchschnitt nur etwa ein Viertel der Gesamtarbeiterbelegschaften der Betriebe, die angaben, nach dem Fließprinzip zu arbeiten, tatsächlich auch in der Fließfertigung beschäftigt (darunter wiederum nur eine Minderheit unmittelbar am Band).⁷

Voraussetzung für die Einführung der Fließfertigung (gleich welcher Form) war Massenfertigung bzw. zumindest Fabrikation in kleinen Serien. Die Einführung der Massenproduktion wiederum war nur sinnvoll, wenn der Absatz der hergestellten Waren als einigermaßen gesichert gelten konnte. Genau dies war aber in der Zeit der Weimarer Republik aufgrund der Unwägbarkeiten der konjunkturellen Entwicklung nur begrenzt möglich. Eine weitere Maßnahme, die Einführung der Fließfertigung zu erleichtern, wäre die Reduzierung der von einem einzelnen Unternehmen hergestellten Produkttypen gewesen; von dieser Möglichkeit wurde jedoch im allgemeinen kein Gebrauch gemacht (Tab. 1). Im Gegenteil: Statt zu einer Typenverminderung kam es z.B. in der Automobilindustrie vielmehr zu einer Typenvermehrung; 1929 bauten 17 Firmen 34 PKW-Typen, bis 1932 hatten dieselben 17 Unternehmen die Zahl der von ihnen produzierten PKW-Typen auf 60 erhöht.⁸ Ebenso war die Normierung der Produktteile als eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Einführung bzw. Perfektionierung der Fließfertigung in Deutschland bis 1933 nur wenig entwickelt. Alle diese Faktoren führten dazu, daß die Verbreitung der Fließfertigung bis 1930 an relativ enge Grenzen stieß. Bis 1930/31 registrierte der DMV sogar zwölf Fälle, in denen Fließbänder »wegen Überschätzung des Absatzes« wieder stillgelegt wurden.⁹ Die Wirtschaftskrise brachte dann die Rationalisierungsbewegung vollends zum Stillstand. Mittelbar bewirkte sie allerdings dennoch einen gewissen Rationalisierungsschub, weil in erster Linie die fertigungstechnisch »fortgeschrittenen« Unternehmen »überlebten«.

Wenn es während des »Dritten Reiches« zu einem in fertigungstechnischer Hinsicht im Vergleich zur Weimarer Republik viel umfassenden

deren Rationalisierungsschub kam, dann erklärt sich dies aus den grundlegend veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab 1935/36: Umfangreiche staatliche Aufträge und der Ausbau der Produktionskapazitäten garantierten der Rüstungs- und Investitionsgüterindustrie einen gesicherten Absatz. Typenbeschränkung und Normung als weitere wichtige Bedingungen für die Einführung von Massen- und Fließfertigung wurden seit Ende 1936, verstärkt dann seit 1938 auf staatliche Initiative hin forciert. In der Automobilindustrie z.B. wurde auf Anordnung des Ende 1938 ernannten »Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrzeugwesen« bis Ende 1939 die Gesamtzahl der PKW-Typen von 335 auf 81, die der LKW-Typen von 113 auf 19 reduziert. Die Zahl der gültigen Normblätter wurde bis Anfang 1939 gegenüber 1929 mehr als verdoppelt (6400 gegenüber knapp 3000). Infolgedessen nahm insbesondere in der verarbeitenden Industrie der »technische Fortschritt in Deutschland ein Tempo an (...) wie nie zuvor.«¹⁰ Ende 1936 wurde das Opel-Werk in Brandenburg in Betrieb genommen, in dem auf einer Vielzahl von Fließbändern, an deren Ende alles am Fertigmontageband eintraf, Fließarbeit zum ersten Male im Deutschen Reich zu hundert Prozent praktiziert wurde; im Rüsselsheimer Stammwerk der Adam Opel AG wurden bis 1937 knapp hundert Transportbänder mit einer Gesamtlänge von mehr als zehn Kilometern installiert.¹¹ Selbst bei Siemens, einem Unternehmen, das traditionell erhebliche finanzielle und personelle Mittel für die Entwicklung der Fertigungstechniken aufwendete, wurde ab 1935/36 konstatiert, daß »Arbeitsvorrichtungen und Montageeinrichtungen (...) in einem Umfang (geschaffen wurden), wie wir es früher nicht durchgeführt haben.«¹² Dieser fertigungstechnische Rationalisierungsschub blieb nicht auf einzelne Großunternehmen der Metallverarbeitung wie Opel oder Siemens beschränkt; er erreichte ebenso die Verbrauchsgüterindustrie (wenn er auch hier weniger stark ausgeprägt war als in der Produktionsmittel- und Rüstungsindustrie). In der Keksfabrik Bahlsen in Hannover beispielsweise wurde 1936 mit der vollkontinuierlichen Herstellung von Waffeln und Salzstangen begonnen; das endlose Waffelband wurde automatisch gebacken, gefüllt, gedeckt, gekühlt und geschnitten.¹³ Zwar liegen keine Erhebungen wie die für 1931 vom DMV durchgeführte darüber vor, in wieviel Betrieben Fließfertigung mit oder ohne Transportband eingeführt wurde. Aus der Vielzahl an Berichten über die Einführung der Fließfertigung in einzelnen Betrieben oder ganzen Wirtschaftszweigen sowie aus der Entwicklung der arbeitszeitbereinigten Arbeitsproduktivität insbesondere in der Metallverarbeitung, aber auch z.B. der Nahrungs und Genußmittelindustrie von 1929 bis 1939 (Tab. 2) darf jedoch geschlossen werden, daß seit 1936 eine rasch wachsende Zahl von Arbeitskräften am Fließband beschäftigt wurde.¹⁴ Die staatliche Unterstützung der von den Unternehmern durchgeführten

fertigungstechnischen Rationalisierungsbewegung¹⁵ war ein wichtiges Element der nationalsozialistischen Bestrebungen, die deutsche Wirtschaft lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges auf die militärischen Bedürfnisse umzustellen. Offensichtlich hatte das NS-Regime aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gelernt, als staatlicherseits erst seit August 1914 die Umstellung auf die Kriegswirtschaft erfolgte und seit 1917 eine zentrale Koordinierung der einzelbetrieblichen Rationalisierungsbemühungen improvisiert wurde. Abgeschlossen waren freilich im September 1939 weder die einzelbetrieblichen noch die staatlichen Rationalisierungsanstrengungen; sie wurden nach Kriegsbeginn weitgehend ohne Unterbrechungen fortgesetzt. Der massenhafte und nicht stockende Absatz an Waffen, Munition etc. sowie die Schaffung eines europäischen Marktes unter nationalsozialistischer Herrschaft, in dem deutsche Unternehmen der internationalen Konkurrenz kaum ausgesetzt waren und zudem politisch begründete Privilegien genossen, bildeten entscheidende Voraussetzungen für die weitere Ausdehnung der Massen- und damit der Fließfertigung. Andererseits erlaubten die relativ raschen militärischen Erfolge NS-Deutschlands in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges, von einer vollständigen Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Militärs vorerst abzusehen. Erst seit der Kriegswende Ende 1941 forcierte das NS-Regime im Zusammenhang mit einer umfassenden kriegswirtschaftlichen Mobilisierung die fertigungstechnischen »Modernisierungs«bestrebungen beträchtlich.¹⁶ Auf staatliche Initiative hin wurde z.B. die Zahl der PKW-Typen weiter, bis 1942 auf 23 reduziert; die Zahl sämtlicher Maschinentypen wurde von Kriegsbeginn bis Anfang 1942 um mehr als zwei Drittel vermindert, obwohl hier 1942 mit 1011 Typen immer noch eine relativ große Vielfalt herrschte.¹⁷ Ebenso wurde die Normung weiter vorangetrieben, insbesondere das sog. Baukastensystem (die Verwendung gleicher Teile vor allem bei Grundelementen für verwandte Produkttypen) vermehrt angewendet. Zwischen 1941 und 1943 kam es zu einer (nach der von 1936 bis 1939:) zweiten »Invasion der fließenden Fertigung« vor allem in den rüstungsrelevanten Branchen der verarbeitenden Industrie,¹⁸ aber auch im Werkzeugmaschinenbau. Dadurch konnte die betriebliche Leistungsfähigkeit vielfach erheblich gesteigert werden: Im zu den »Vereinigten Drehbankfabriken« gehörenden Unternehmen Heidenreich & Harbeck z.B. wurde nach Einführung der Fließfertigung, verstärkter »Typenabrüstung« und Normierung bis 1942/43 die Durchlaufzeit des Materials vom ersten Arbeitsgang bis zur fertigen Maschine auf 7 Wochen gegenüber 16 Wochen bei Kriegsbeginn reduziert.¹⁹ Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher vergleichbarer Rationalisierungserfolge gelang es in der »Ära Speer«, die Rüstungsendfertigung beträchtlich heraufzusetzen.

Nicht zufällig wurde die Ausweitung der Fließfertigung von einer

vermehrten Anwendung des REFA-Verfahrens begleitet und begann auch die gewissermaßen offiziöse, überbetriebliche Einführung des »Taylorismus« in Deutschland (Gründung des REFA: 30. Sept. 1924)²⁰, kurz bevor in deutschen Fabriken der »Fordismus« Einzug hielt. Arbeits- und Zeitstudien, wie sie von den sog. REFA-Männern betrieben wurde, stellten in gewisser Weise die arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen für die Einführung und Ausweitung der Fließfertigung dar; sie waren jedoch keineswegs auf solche Unternehmen beschränkt, die Fließ- oder gar Bandarbeit einführen wollten. Mit Hilfe des REFA-Verfahrens sollte die menschliche Arbeitsleistung berechenbar gemacht werden, um sie besser in den betrieblichen Produktionsablauf einpassen zu können; über Arbeits- und Zeitstudien konnte die Intensität der Arbeit auch in Betrieben erhöht werden, in denen nicht nach dem Prinzip der Fließfertigung gearbeitet wurde. Zugleich sollte der auf den REFA-ermittelten Zeitvorgaben basierende Zeitstudienakkord die ausgeprägte »Konjunkturabhängigkeit« des traditionellen Akkords mindern helfen, obgleich auch der REFA-Akkord in Phasen der Hochkonjunktur gewissem Druck (Minderung der Zeitvorgaben, Senkung der Akkordsätze als Konzession an die Arbeiter) ausgesetzt war und zum »Scheinakkord« zu werden drohte. Der Anspruch »wissenschaftlicher Objektivität«, den REFA erhob, vor allem aber die durch das REFA-Verfahren angeblich erzielte »Lohngerechtigkeit«, sollte den innerbetrieblichen »Arbeitsfrieden sichern« helfen. Schließlich reduzierten die scheinobjektiven Zeitvorgaben der REFA-Kalkulatoren ganz erheblich den Einfluß des einzelnen Arbeiters auf sein Arbeitstempo. Insofern erhöhten Taylorismus und Fließband auch die Verfügungsgewalt des »Betriebsführers« auf die im Produktionsbereich tätigen Belegschaftsteile.

In den Jahren bis 1933 besaß die Tätigkeit des REFA noch nicht die Dimensionen, die sie relativ rasch während des »Dritten Reiches« erhielt (Abb. 1). Die Aktivitäten dieser Vereinigung beschränkten sich bis 1935 weitgehend auf die Metallverarbeitung und konzentrierten sich anfangs auf Berlin, insbesondere auf die elektrotechnische Industrie und den Maschinenbau (Tab. 1).²¹ Bei Beginn der Wirtschaftskrise 1928/29 arbeitete allerdings schon ein erheblicher Prozentsatz der größeren Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie nach REFA.²² In andere Industriezweige hatte die deutsche Version des Taylorismus zu diesem Zeitpunkt noch nicht in nennenswertem Ausmaß Eingang gefunden. 1929 war mit 1800 Lehrgangsteilnehmern der Höhepunkt der Aktivitäten des REFA während der Weimarer Republik erreicht. Zum allgemeinen Durchbruch gelangte REFA erst ab 1936; 1943 wurden schließlich 12.000 Lehrgangsteilnehmer ausgebildet. Dennoch wurde »in weiten Teilen des Reiches« auch zu diesem Zeitpunkt »das Fehlen von ausgebildeten REFA-Fachkräften« beklagt.²³ Zu breiterer Anwendung gelangte REFA in der ge-

samten verarbeitenden Industrie und außerdem in der Gießerei-, papiererzeugenden, Glas-, Gummi- und keramischen Industrie sowie im Bergbau.²⁴ Selbst im Schiffbau, in der die Zeitvorgaben für die sich über lange Zeiträume hinziehenden Arbeiten zuvor nur grob geschätzt worden waren, wurde seit 1939/40 das REFA-Verfahren eingeführt. Auch in diesem Industriezweig suchten die Betriebsleitungen »die Arbeit mehr und mehr zu unterteilen« und die »bisherigen Erfahrungswerte auf richtig ermittelte Akkordzeiten« zurückzuführen. Anfang 1941 arbeiteten auf fast allen Werften mehr als fünfzig Prozent der Arbeiterbelegschaften nach REFA. Allerdings blieb die dadurch bewirkte Steigerung der Arbeitsleistung aus mehreren Gründen hinter den Erwartungen der »Betriebsführer« und des »Sondertreuhänders«, der die Rationalisierungen in den See- schiffswerften zu koordinieren hatte, zurück: Nach wie vor führten die Witterungsverhältnisse dazu, daß Zeitvorgaben nicht eingehalten wurden konnten; außerdem fehlte es »jetzt im Kriege an dem notwendigen Personal in den Akkordbüros«; vor allem aber machte die chaotische Auftragsvergabe und eine ständig veränderte Prioritätensetzung durch die Kriegsmarine »eine gründliche Arbeitsvorbereitung nahezu unmöglich, da immer wieder dringende Arbeiten vorgezogen und damit der normale Arbeitsgang gestört« wurde.²⁵

Während der NS-Zeit wurden darüber hinaus die Arbeitsfelder des REFA ausgeweitet. Neben den Zeitstudien gewann die Arbeitsstudie, die sowohl das Arbeitsumfeld als auch die »körperlichen und seelischen Voraussetzungen« beim einzelnen Arbeiter umfaßte, also die optimale Einpassung des arbeitenden Menschen in den Produktionsablauf bezweckte, an Gewicht; Hermann Böhrs (1949 bis 1953 Geschäftsführer des wiedergegründeten REFA-Verbandes) stellte 1942 rückblickend fest, daß die »Praxis des betrieblichen Arbeits- und Zeitstudiums (...) erst seit 1933 eine ständig wachsende psychologische Unterbauung und Durchdringung« erfahren habe.²⁶

Auch mittlere und kleine Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie wurden spätestens seit 1942 immer vollständiger von REFA »erfaßt«. Verantwortlich hierfür war die Einführung des »Lohnkataloges Eisen und Metall« (LKEM) im Oktober 1942. Eine Funktion dieses LKEM bestand darin, mit Hilfe des REFA-Verfahrens zu einer »Akkordbereinigung« – d.h. Senkung angeblich überhöhter Akkordverdienste – in der kriegswichtigen Metallverarbeitung im großen Maßstab zu gelangen. Von Bedeutung war dieser Lohnkatalog jedoch vor allem deshalb, weil mit ihm das erste Mal reichsweit die sog. Arbeitsbewertung in einem ganzen Industriezweig eingeführt wurde.

Die Geschichte der Entwicklung und betrieblichen Einführung der Arbeitsbewertungsverfahren begann gleichfalls lange vor 1933. Bereits im Herbst 1919 wurde für die Berliner metallverarbeitende Industrie ein

Tarifvertrag vereinbart, in dem für die verschiedenen Zweige der metallverarbeitenden Industrie die wichtigsten Tätigkeiten definiert und jeweils insgesamt fünf Lohnklassen zugeordnet wurden. Mit dieser Vereinbarung war das erste Mal tarifpolitisch die Konsequenz aus einer schon länger beobachtbaren Entwicklung gezogen, deren wesentliche Merkmale in folgendem bestanden: Erstens entsprachen die Qualifikationen, die im überwiegend die Facharbeiter ausbildenden Handwerk vermittelt wurden, immer weniger den sich rasch verändernden arbeitsorganisatorischen und fertigungstechnischen Strukturen großer Betriebe; zweitens wandelten sich jeweils die konkreten Anforderungen an den einzelnen Arbeiter aus diesem Grunde häufig rasch, sie korrespondierten immer weniger mit der durch Lehre oder langjährige Berufserfahrung erworbenen Qualifikation. Die traditionelle Gruppierung der Industriearbeiterschaft in die Grobkategorien Facharbeiter, Angelernte und Hilfsarbeiter – die überdies auch vorher schon ziemlich unpräzise war – wurde zunehmend obsolet, die Bewertung der Tätigkeit (nicht der Qualifikation des Arbeiters) schien der angemessene Ausweg. Während im Berliner Tarifvertrag von 1919 noch von der Eingruppierung des Arbeiters gesprochen wurde, war dann im Tarifvertrag vom 16. Juli 1928 für die Berliner metallverarbeitende Industrie konsequenterweise von der »ausschließlichen Bewertung der tatsächlich zu verrichtenden Arbeit« die Rede. Die Bestimmungen von 1919 wurden 1928 weitgehend beibehalten; lediglich die Zahl der Lohngruppen war von fünf auf vier verringert worden: Lohngruppe D war für einfache, angelernte Tätigkeiten, Lohngruppe C für »einfache«, Lohngruppe B für »normale« und Lohngruppe A für »hochwertige Facharbeiten« gedacht. Durch Erlaß der Tarifordnung vom 19. März 1936, die sich an die Formulierungen der Tarifverträge von 1919 bzw. 1928 vielfach wortwörtlich anlehnte, behielten diese Bestimmungen für die Berliner Metallindustrie bis 1942 nahezu unverändert Gültigkeit.²⁷ Einzelbetrieblich wurden die vier Lohngruppen zum Teil weiter ausdifferenziert: Im Dynamowerk der Siemens-Schuckertwerke (SSW) wurde seit 1928/29 die Arbeiterbelegschaft tätigkeits- und geschlechtsbezogen in insgesamt neun Schichten gruppiert (A1, A2, A3, B1, B2; C und D jeweils für männliche und weibliche Arbeiter).²⁸

Gewissermaßen erfunden und 1916 dann in den USA einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wurden Arbeitsbewertungsverfahren von Charles Bedaux. Mit Hilfe einer sog. Schätztafel, die nach, intern wiederum untergliederten, Grundkriterien: I. Vorbildung, Geschicklichkeit und Erfahrung, II. Verantwortung und Geistesfähigkeit, III. physische Anforderungen und IV. Risiko, gegliedert war, wurde die Wertigkeit der verschiedenen Arbeitsverrichtungen festgestellt und mit Punkten »benotet«. Je nach der erreichten Punktzahl wurde die jeweilige Tätigkeit und damit der Arbeiter, der sie ausübte, einer Lohngruppe zugeordnet.

Außer in der Berliner metallverarbeitenden Industrie fanden darauf aufbauende Arbeitsbewertungssysteme während der zwanziger und dreißiger Jahre vereinzelt auch in anderen Zweigen der verarbeitenden Industrie Anwendung; seit 1939 wurden auf Initiative des Arbeitswissenschaftlichen Instituts (AWI) der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Fachgemeinschaft Eisen und Metall der Reichsgruppe Industrie verschiedene Formen der Arbeitsbewertung systematischer erprobt. Auf diesen Versuchen baute der LKEM auf.

Beschleunigt wurde die Einführung des LKEM durch die sich Ende 1941 abzeichnende militärische Wende (Schlacht um Moskau, Kriegseintritt der USA) und die dadurch veranlaßten Initiativen des NS-Regimes, die deutsche Wirtschaft noch stärker auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen. Das Motiv, kurzfristig alle Leistungsreserven zu mobilisieren, erklärt auch, warum mit dem LKEM nur die summarische und nicht die analytische Arbeitsbewertung eingeführt wurde. Bei der summarischen Arbeitsbewertung wird die Tätigkeit als ganze – durch Vergleich mit anderen Tätigkeiten – bewertet (während bei der analytischen Arbeitsbewertung die einzelnen Tätigkeiten gesondert untersucht und nach dem oben beschriebenen, relativ komplexen Bewertungssystem beurteilt werden). Bis Ende 1942 waren 850 »Arbeitsbeispiele«, die einen solchen Vergleich erlaubten, eingeführt, bis Ende 1943 knapp 2000. Vorteil des summarischen Arbeitsbewertungsverfahrens war der geringere Kosten- und Zeitaufwand, Nachteil die sehr pauschale und unpräzise Tätigkeitsbewertung. Mit der Weiterentwicklung des LKEM, der noch in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Anwendung fand, wurde deshalb die summarische durch die analytische Arbeitsbewertung ersetzt. In anderen Zweigen der verarbeitenden Industrie wurden bis Kriegsende zwar zum Teil konkrete Konzeptionen für dem LKEM vergleichbare Lohnkataloge entwickelt, jedoch nicht mehr realisiert.

Wichtiger Effekt der Einführung des LKEM war die weitaus stärkere Streuung der effektiven Löhne. Die Differenz zwischen den Grundlöhnen der Arbeiter der höchsten und denen der niedrigsten Lohngruppe war etwa dreimal so hoch wie zuvor die zwischen den Tariflöhnen der Fach- und Hilfsarbeiter. Da die ausgeübte Tätigkeit und nicht mehr die Qualifikation ausschlaggebend für die Einstufung war, besaß theoretisch jeder Arbeiter die Möglichkeit, bis in die höchste Lohngruppe aufzusteigen. Die Stufenleiter der acht Lohngruppen, die zu erklimmen freilich nur einer Minderheit der Industriearbeiter möglich war, dürfte – ergänzt durch politische Initiativen wie den »Reichsberufswettkampf« der DAF – ganz erheblich eine Art Karrierementalität begünstigt haben.

Bis Kriegsende wurde der LKEM allerdings nur in einer Minderheit aller Betriebe der Metallverarbeitung eingeführt (Tab. 2). Regional bestanden freilich erhebliche Unterschiede. In Thüringen, wo der für die

Umsetzung des LKEM verantwortliche »Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz« Fritz Sauckel seit 1927 als Gauleiter und seit 1933 als Oberpräsident fungierte, konnte die Einführung der betrieblichen Lohnkataloge relativ vollständig durchgesetzt werden. In Berlin war die Einführung des LKEM im Grunde nicht notwendig, da hier bereits seit 1919 die Arbeitskräfte nicht mehr nach Qualifikation, sondern nach ihrer konkreten Tätigkeit (»Arbeitswert«) eingestuft und entlohnt wurden. Von insgesamt 299 metallverarbeitenden Betrieben, die in Norddeutschland zur Einführung des LKEM verpflichtet wurden, konnten bis Ende 1944 47 oder 15,7 % mit der Umsetzung eines auf die konkreten betrieblichen Verhältnisse zugeschnittenen Lohnkataloges beginnen; das entsprach ungefähr der Situation im gesamten Reich. Erfolgreich war die Einführung des LKEM vor allem in größeren Unternehmen. In kleineren Fabriken, die nicht in großen Serien produzieren konnten, warf die Einführung des LKEM dagegen häufig erhebliche Probleme auf: Dort waren – so klagte z.B. der »Betriebsleiter« des kleinen Oldenburger Maschinenbaubetriebes A. Beeck – die meisten »Gefolgschaftsmitglieder« mit einer Vielzahl verschiedener »Arbeiten beschäftigt, die verschiedenen Lohngruppen angehörten«, »dauernde Mehrbelastung der Lohnbuchhaltung und dauernde Unzufriedenheit der Gefolgschaftsmitglieder« seien die Folge.²⁹ Meldungen des GBA und der Reichsgruppe Industrie zufolge konnten dennoch im allgemeinen nach Einführung des LKEM ganz erhebliche Leistungssteigerungen erzielt werden.³⁰

Fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierungsbewegung führten zwangsläufig zu einer Modernisierung der Lohnsysteme: Je stärker das Arbeitstempo von außen, durch die technische Apparatur oder durch eine bis ins kleinste gegliederte Arbeitsorganisation und entsprechende Zeitvorgaben, bestimmt wurde, desto eher gelangten dem Zeitlohn ähnliche Lohnformen zur Anwendung – insbesondere der sog. Penumlohn, der sich aus festem Zeitlohn und variabler Prämie, die garantieren sollte, daß das von der Betriebsleitung vorher festgelegte Produktionsquantum auch tatsächlich hergestellt und kein Ausschuß produziert wurde, zusammensetzte. Der traditionelle, leistungsproportionale Akkord wurde demgegenüber zunehmend obsolet.³¹ Allerdings wurde keinesfalls immer, wenn Fließarbeit eingeführt wurde, zugleich jeglicher Akkord abgeschafft. Insbesondere bei »Taktarbeit« – d.h. bei lediglich auf arbeitsorganisatorischer Basis hergestellter Fließfertigung ohne Band – wurde meist der Akkord beibehalten, da der einzelne Arbeiter hier noch nicht so sehr an den fertigungstechnischen Kontext gebunden war und noch erheblichen Einfluß auf seine Arbeitsleistung besaß.³² In diesen Fällen wurden die Zeitvorgaben für die Akkorde immer seltener geschätzt, sondern mit Hilfe des REFA-Verfahrens systematisch ermittelt. Nicht alle Arbeitskräfte waren am Fließband beschäftigt, nicht alle Tätig-

keiten »refa-fähig«; insbesondere Facharbeiter waren häufig mit sehr unterschiedlichen Tätigkeiten befaßt, die sich nur schwer kategorisieren und der individuellen Arbeitsleistung breiten Raum ließen. Seit 1940 wurde für die Arbeitergruppen deshalb in einzelnen Unternehmen eine Lohnform praktiziert, die heute als »eingefrorener Akkord« oder »Kontraktlohn« bezeichnet und in der Bundesrepublik nach wie vor weit verbreitet ist. Der Lohnsatz wird dem einzelnen Arbeiter über einen längeren Zeitraum garantiert und nur ab und an einer Prüfung und erneuten Messung unterzogen. Wird bei mehreren Messungen ein Leistungsdefizit auf Dauer festgestellt, wird der Lohnsatz entsprechend gesenkt, bei Übererfüllung des Leistungssolls der »Leistungslohn«-Satz erhöht. Diese Lohnform besaß erhebliche Vorteile: Die Lohnkosten waren längerfristig kalkulierbar, das Eigeninteresse des Arbeitnehmers an einer dauerhaften Leistungssteigerung wurde stimuliert und zugleich die Anlässe für Akkordstreitigkeiten reduziert.³³

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die Beschleunigung der bisher skizzierten Aspekte der Rationalisierungsbewegung in erster Linie aus dem Weiterbestehen der vorgefundenen dynamischen, industriekapitalistischen Strukturen bei gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen (wichtig in ökonomischer Hinsicht vor allem: mehr Massenfertigung) resultierten; die skizzierten Initiativen des NS-Regimes wirkten hier nur unterstützend. Auch während des Krieges scheinen sich die Eingriffe des NS-Staates in einem für Kriegswirtschaften üblichen Rahmen gehalten zu haben.³⁴ Bei dem im folgenden diskutierten Aspekt innerbetrieblicher »Modernisierung« standen allerdings in stärkerem Maß NS-Organisationen Pate.

Um sozialen Konflikten vorzubeugen und die Bereitschaft zu kontinuierlicher Arbeitsleistung und widerspruchsloser Anpassung an die sich verändernden Produktionsbedingungen zu erhöhen, kam es, parallel zum fertigungstechnischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsschub, zu einer »sozialen Rationalisierung« auf breiter Basis. Gemeint sind damit Versuche, durch intensivierte soziale Kontrolle und Fürsorge sowie durch »psychotechnische Menschenbehandlung« einerseits wirkungsvoller soziale, materielle und immaterielle Bedürfnisse (auch z.B. das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung und beruflichem Aufstieg) zu befriedigen, andererseits den Raum für eigenständige Aktivitäten der Industriearbeiterschaft einzuschränken oder zumindest zu kontrollieren. Nicht zufällig war in dieser Hinsicht die Arbeitsfront besonders aktiv, die ja auch die anderen (insbesondere die arbeitsorganisatorischen) Aspekte der Rationalisierung zu forcieren und zu verallgemeinern trachtete. Hierhin gehören die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen der DAF wie des »Amtes für Betriebsführung und Berufserziehung« (ehem. »Deutsches Institut für technische Arbeitserziehung«, kurz: DINTA), der Or-

ganisationen »Kraft durch Freude« (die eine breite, gern genutzte und propagandistisch wirkungsvoll ausgeschlachtete Palette von Urlaubs- und Freizeitgestaltungen anbot), »Schönheit der Arbeit« (als der Versuch, die innerbetrieblichen Verhältnisse durch den Gebrauch von viel Farbe und betriebshygienische Maßnahmen erträglicher erscheinen zu lassen), der »Reichsberufswettkampf« oder der »Leistungskampf der Betriebe«, der (jedenfalls bis Kriegsbeginn) in erster Linie die zusätzlichen sozialen Leistungen der Unternehmen honorieren sollte.³⁵ Auch hier bestand freilich kein grundsätzlicher Bruch zur Weimarer Republik, wurde letztlich doch nur versucht, sozialpolitische Aktivitäten zu systematisieren und in der gesamten Industrie zu allgemeiner Entfaltung zu bringen, wie sie zum Teil lange vor 1933 von einzelnen Unternehmen praktiziert und seit Mitte der zwanziger Jahre durch Institutionen und Organisationen wie dem »Institut für Betriebssoziologie« (an der TH Berlin) oder dem DINTA »wissenschaftlich« fundiert und überbetrieblich koordiniert worden waren.³⁶ Der hier nur kurz angesprochenen »sozialen Rationalisierung« lag seitens des Nationalsozialismus die politische Intention zugrunde, den Ideologemen von der »Volks-« und »Betriebsgemeinschaft« zu einer gewissen Realitätstüchtigkeit zu verhelfen und den Klassenantagonismus im Bewußtsein der Industriearbeiter in den Hintergrund treten zu lassen.

Das nationalsozialistische Arbeitsrecht kann demgegenüber bestenfalls mit Einschränkungen als »modern« – im Sinne von funktional für einen modernen Industriekapitalismus – bezeichnet werden:

(a.) Die »Tätigkeit des Treuhänders der Arbeit in der nationalsozialistischen Zeit« – so stellte der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts 1985 in einem Gutachten für das Bundesarbeitsministerium zum Thema Arbeitskämpfrecht fest – habe gezeigt, daß »der Staat« mit der autoritären Regulierung der »Fragen der Entgeltordnung« und andere Fragen der Tarifpolitik »überfordert« sei.³⁷ In der Tat: Die Treuhänder waren nicht in der Lage, die ihnen durch das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« (AOG) übertragenen Befugnisse auch wirkungsvoll umzusetzen (Erlaß von Tarifordnungen, die an die Stelle der Tarifvereinbarungen getreten waren; Entscheidungen über Entlassungen größeren Ausmaßes; Erstellung von »Richtlinien« für den Erlaß von Betriebsordnungen; Einfluß auf Zusammensetzung und Tätigkeit der 1934 gebildeten »Vertrauensräte«, »Sozialen Ehrengerichte« etc.). Allerdings waren sie mit diesen weitreichenden Kompetenzen auch nur für eine Übergangszeit, die Phase der Kriegsvorbereitung, ausgestattet worden; langfristig sollten sie »lediglich bei groben Verstößen gegen das Gemeinwohl« eingreifen, sollte die Ausgestaltung der Arbeitsverfassung möglichst vollständig auf den einzelnen Betrieb verlagert und hier dem »Betriebsführer« (dessen innerbetriebliche Stellung durch das AOG erheblich aufgewertet wurde) und seiner »Gefolgschaft« überlassen bleiben.³⁸ »Interessensgegensätze

zwischen dem Betriebsführer und der Gefolgschaft« wurden in diesem Zusammenhang übrigens keineswegs gelehnet.³⁹ In welcher Form diese Interessenskonflikte ausgetragen werden sollten, blieb dagegen eine offene Frage.

(b.) Daß die 1934 das erste Mal und 1935 das letzte Mal gewählten »Vertrauensräte« hierfür nicht taugten, war ziemlich schnell deutlich geworden. Diese Vertrauensräte verfügten über keinerlei rechtlichen Hebel, die Interessen der Belegschaften wahrzunehmen; sie waren vielmehr auf die »Betriebsgemeinschaft« und damit letztlich den Interessen des Unternehmers verpflichtet. Mochte dies in den ersten Jahren der NS-Herrschaft in den Augen des Regimes wie der Unternehmer politisch funktional gewesen sein, da derart rechtlose und politisch kontrollierte Vertrauensräte (deren Mitglieder der DAF angehören mußten) der zerschlagenen Arbeiterbewegung keine Möglichkeit zur organisatorischen Rekonstruktion ließen. Mit Eintreten der Vollbeschäftigung – bzw. überhaupt langfristig – erwiesen sich diese Gremien rasch als dysfunktional: Da selbst gutwillige Vertrauensräte (zumindest in den Großbetrieben) nicht in der Lage waren, Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll zu vertreten, wandten sich Belegschaftsangehörige im Regelfall mit Forderungen nach höheren Löhnen etc. und Kritik an den innerbetrieblichen Verhältnissen nicht mehr an diese Organe.⁴⁰ Den Unternehmern wie dem Regime fehlte insofern eine Art »Frühwarnsystem«, das Konflikte sozialer wie politischer Natur in den Betrieben frühzeitig genug anzeigen konnte (um dann wirkungsvoll Gegenmaßnahmen treffen zu können). Dies wuchs sich insbesondere insofern zu einem immer drängenderen Problem aus, als infolge des oben skizzierten Rationalisierungsschubs die Produktionsanlagen immer komplexer, damit aber auch immer anfälliger für »Störungen« seitens der Arbeitnehmer wurden.

Es kann deshalb nicht überraschen, daß von führenden Vertretern der Großindustrie und der nationalsozialistischen »Selbstverwaltung der Wirtschaft« einige Monate nach Kriegsbeginn gefordert wurde, »eine wirkliche Zusammenarbeit in bezirklicher Sphäre zwischen Vertretern der Gefolgschaft und der Unternehmer zu schaffen«. Weder die DAF als Organisation noch die der Arbeitsfront angehörenden Vertrauensleute kämen für derartige »Gefolgschafts-Vertretungen« infrage, da diese »über die wirklichen Wünsche der Arbeiter nicht unterrichtet« seien und »weder von den Betriebsführern noch von den Gefolgschaftsmitgliedern ernst genommen« würden. Offenbar wollte man stattdessen auf ehemalige Gewerkschafter zurückgreifen; denn – so wurde bemerkt – es sei »ein Fehler (gewesen), daß man die Leute, die wirklich Erfahrungen in sozialpolitischen Dingen hatten, d.h. Gewerkschaftssekretäre (...) (etc.) grundsätzlich ausgeschaltet hat.«⁴¹ Auch zumindest von Teilen der NS-Bewegung wurde die Rückkehr zu einer weitgehend entstaatlichten Ta-

rifpolitik nicht ausgeschlossen; »der Führer selbst habe gelegentlich ausdrücklich erklärt, daß Gegensätze zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern immer wieder bestehen würden, daß (aber) deren Austragen noch lange kein Klassenkampf zu sein brauche, und zwar auch selbst dann nicht, wenn die beiderseitigen Interessen durch Organisationen der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite vertreten würden.«⁴² Anscheinend wurde nicht einmal ausgeschlossen, die DAF (die neben Arbeitern und Angestellten auch die Unternehmer zu ihren Mitgliedern zählte) zu einer Art Gewerkschaft zu machen. Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Krohn hielt es in einem Gespräch mit Bormann im Juni 1937 für »richtig«, die Arbeitsfront »zu einer Interessenvertretung der Arbeiter zu machen. Bormann trat meiner Auffassung im wesentlichen bei. Er hielt es nur (...) für gänzlich ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit eine Änderung im Charakter der Arbeitsfront geschaffen werden könne.«⁴³ Es dürften zwei Gründe gewesen sein, warum Bormann (und mit ihm andere) den Neuaufbau einer gewerkschaftsähnlichen Organisation oder die Umwandlung der DAF in eine solche kurz- und mittelfristig nicht für sinnvoll hielten: Eine derartige Organisation hätte (auch bei formaler nationalsozialistischer Kontrolle) den verschiedenen Strömungen der alten Arbeiterbewegung – als den Zentren der politischen Opposition gegen das NS-Regime – ein politisches Aktionsfeld geboten; dies mußte unter allen Umständen verhindert werden. Zudem hatte die DAF, obwohl (bzw. weil) ihre Aufgaben nicht präzise definiert waren (und wohl auch um einer endgültigen Gestaltung von Arbeitnehmerorganisationen nicht vorzugreifen), relativ rasch ein erhebliches Eigengewicht gewonnen, das sich so rasch nicht ausschalten ließ; überdies schien diese größte NS-Massenorganisation als Träger der oben angesprochenen »sozialen Rationalisierung« vorerst unverzichtbar. Die skizzierten Pläne führender Repräsentanten der deutschen Großindustrie und der »wirtschaftlichen Selbstverwaltung« waren mit Blick auf die betriebswirtschaftlichen Interessen der Unternehmer wie der langfristigen Interessen des NS-Regimes an politischer Stabilität indessen höchst plausibel. Ob sie sich nach einem nationalsozialistischen »Endsieg« hätten verwirklichen lassen, muß dennoch offen bleiben: Zu heterogen war die NS-Bewegung, zu dynamisch die Entwicklung im »Dritten Reich«, als daß sich hier sichere Prognosen treffen ließen.

(c.) Im Hinblick auf die beiden bisher skizzierten Aspekte der 1933/34 geschaffenen Arbeitsverfassung kann also nicht von einer »modernisierenden« Wirkung des Nationalsozialismus gesprochen werden. Für einen dritten Aspekt, das Ideologem der »Betriebsgemeinschaft«, das das NS-Arbeitsrecht auch in vielen wichtigen Einzelzügen prägte, läßt sich diese Frage nicht so eindeutig beantworten.⁴⁴ Zu einem »modernem« Konzept von »Betriebsgemeinschaft«, die an die »Werksgemeinschafts«-

Ideologie der Weimarer Republik und des Kaiserreiches anknüpfte, konnte es nur dann kommen, wenn dieser Begriff keine ideologische Floskel blieb, sondern mit den oben angesprochenen »sozialtechnischen« Initiativen so verknüpft wurde, daß das traditionell dichotomische Weltbild der Industriearbeiterschaft tatsächlich allmählich einem »Gemeinschaftsgefühl« wich (und zugleich jeder innerhalb dieser »Gemeinschaft« das Gefühl hatte, »seines Glückes Schmied« sein zu können). In dieser Hinsicht wurden seit 1933 erhebliche Anstrengungen unternommen bzw. in der Weimarer Republik begonnene Aktivitäten gebündelt und ausgebaut. Ob es hier längerfristig zu einer durchgreifenden »Modernisierung« gekommen wäre, läßt sich vor dem Hintergrund der Ambivalenz und Dynamik des NS-Herrschaftssystem gleichfalls eindeutig nicht beurteilen.

II.

In mehrfacher Hinsicht kam es in den Jahren von 1924 bis 1944 zu tiefgreifenden Veränderungen der Binnenstruktur der Industriearbeiterschaft. Bedingt durch die fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierungsbewegung verringerte sich die quantitative Bedeutung der Facharbeiter, während umgekehrt der Anteil der vorwiegend in der Fließfertigung tätigen (männlichen) »Spezialarbeiter« deutlich stieg. Diese in allen Zweigen der Metallverarbeitung beobachtbare Tendenz (Tab. 4) war in einzelnen Branchen dieses rüstungswichtigen Industriesektors weit stärker ausgeprägt und galt auch für die wichtigsten Bereiche der Konsumgüterindustrie. Sie wäre statistisch noch deutlicher ausgefallen, wenn es nicht zu Veränderungen der zuvor üblichen qualifikationsbezogenen Kategorisierung der Metallarbeiterschaft gekommen wäre: Aufgrund einer Verfügung aus dem Reichsarbeitsministerium vom Februar 1937 wurde seitdem auch der qualifiziertere Teil der Angehörigen der Kategorie »Facharbeiter« zugeschlagen.⁴⁵ Die hier angedeuteten und durch die amtliche Statistik nur unzureichend erfaßten Umschichtungen innerhalb der Industriearbeiterschaft⁴⁶ setzten sich nach 1939 fort – besonders stark in der Werkzeugmaschinenindustrie (Tab. 5), in der allerdings auch die betrieblichen Rationalisierungsbemühungen erst ab 1940, nicht zuletzt auf staatlichen Druck hin (Typenbeschränkung, Normierung etc.), einsetzten; zudem wurden seit 1940 die überwiegend auf unqualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigten »Fremdarbeiter« miterfaßt. Die Tätigkeit der (»arischen«) Facharbeiter bestand im übrigen immer weniger in eigentlich produktiver Arbeit; sie wurden überwiegend mit der Überwachung und Reparatur der zunehmend komplexeren Produktionsanlagen betraut, im Zweiten Weltkrieg dann auch mit der Kontrolle und Disziplinierung der meist unqualifizierten osteuropäischen »Fremdarbeiter«.

Während dieser Prozeß als gewissermaßen zwangsläufiges Resultat der

verschiedenen Formen betrieblicher Rationalisierungsbewegung und vor dem Hintergrund des bereits 1934/35 einsetzenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften zu erwarten war, überraschen dagegen bestimmte Formen der »Modernisierung« der lohnabhängigen Frauenarbeit:

a. Für immer mehr Frauen war das Lohnarbeiterdasein ein dauerhafter, nicht mehr nur vorübergehender Zustand (bis zur Heirat oder zum ersten Kind). Schließen läßt sich dies aus der Veränderung der Zusammensetzung der »Industriearbeiterinnenschaft nach Alterskohorten und Familienstand während des Zeitraumes zwischen 1925 und 1939 (Tab. 6). In den Jahren seit 1934/35 wuchs der Anteil verheirateter und älterer Industriearbeiterinnen in auffälligem Maße (trotz der Richtlinien bei der Vergabe der Ehestandsdarlehen, die das Ausscheiden heiratswilliger Frauen aus dem industriellen Erwerbsleben bezweckten). Erzwungen wurde ein tendenziell lebenslanges Lohnarbeiterdasein, das sich in diesen Zahlen ausdrückt, von Frauen dadurch, daß die (Nettoeal-)Einkommen der Männer nach der »Machtergreifung« selbst im Vergleich zu dem ohnehin niedrigen Lohnniveau auf dem Tiefpunkt der Krise weiter herabgesetzt wurden. Sie reichten – vor dem Hintergrund der insbesondere 1935/36 rasant steigenden, vom Statistischen Reichsamt nur sehr unzulänglich erfaßten Lebenshaltungskosten – allein nicht mehr aus, die Familie zu ernähren.⁴⁷ Während des Krieges schwächte sich der Trend, daß Frauen zunehmend dauerhaft als Industriearbeiterinnen beschäftigt wurden, nur ab, er kehrte sich jedoch nicht um (trotz des hohen Familienunterhalts für Frauen eingezogener Soldaten, der viele Arbeiterinnen veranlaßte, aus dem industriellen Erwerbsleben auszuschneiden).⁴⁸

b. Frauen stellten während des hier untersuchten Zeitraumes keine industrielle Reservearmee dar, die je nach konjunktureller Entwicklung für Industriearbeit mobilisiert oder entlassen werden konnte; sie entwickelten sich vielmehr zu einem konstanten Bestandteil der Industriearbeiterschaft. Auch unter Berücksichtigung der »unsichtbaren«, von den Arbeitsämtern nicht erfaßten Arbeitslosigkeit (von der Frauen stärker betroffen waren als Männer) wurden während der Krise weniger Arbeiterinnen entlassen als ihre männlichen Kollegen; ihr Anteil an der Gesamtarbeiterschaft stieg infolgedessen während der Jahre 1929 bis 1933 relativ. Wenn sich dieser Trend nach 1933 (bis 1936) umkehrte, dann war dies kein Erfolg der sog. Doppelverdienerkampagne oder der Vergaberichtlinien für Ehestandsdarlehen; vielmehr resultierte diese Entwicklung daraus, daß in erster Linie »Männerindustrien« wie die Eisen- und Stahlindustrie, der Fahrzeug- und der Maschinen- und Apparatebau am rüstungskonjunkturellen Aufschwung partizipierten, während die in ihrer Entwicklung künstlich eingeschnürten, ökonomisch stagnierenden Konsumgüterindustrien weit überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigten. Absolut wuchs übrigens selbst 1933 bis 1936 die Zahl der in der deut-

schen Industrie beschäftigten Arbeiterinnen (nur eben langsamer als die der männlichen Arbeitskräfte).⁴⁹

c. Bereits in den Jahren bis 1929/30 bildeten Industriebeschäftigte den Kern des »Rationalisierungsproletariats«. Insbesondere in der Elektroindustrie, in der Fließfertigungssysteme schon bis zum Einbruch der Wirtschaftskrise relativ weit verbreitet waren, waren es vor allem Frauen, die mit Band- oder Taktarbeit beschäftigt waren. Dieser Trend setzte sich – ebenso wie der Trend, daß Arbeiterinnen (mit Ausnahme einzelner Bereiche der Konsumgüterindustrie) überwiegend keinerlei Ausbildung genossen hatten und mit ungelerten, bestenfalls angelernten Tätigkeiten beschäftigt wurden – nach 1933 fort, ohne daß freilich das gesamte Rationalisierungsproletariat aus Frauen bestand; in der Automobilindustrie, in der neben der Elektroindustrie die Einführung der Fließfertigung am weitesten fortgeschritten war, betrug der Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtheit der Industriebeschäftigten während des hier untersuchten Zeitraums ganze fünf bis acht Prozent.

Bei der »Modernisierung« der Frauenarbeit handelte es sich, mit Blick auf das NS-Regime, um eine »Modernisierung wider Willen« (im Gegensatz zu allen Formen der »Rationalisierung«, die vom NS-Regime bewußt gefördert wurden), die lediglich vor dem Hintergrund kriegswirtschaftlicher »Sachzwänge« akzeptiert wurde. Während des Krieges, insbesondere nach dem militärischen Überfall auf die UdSSR, schien sich hier eine Alternative aufzutun, die nach dem Willen der Funktionsträger des NS-Regimes auch nach dem »Endsieg« Bestand haben und es möglich machen sollte, Frauen so weit wie möglich aus industrieller Erwerbstätigkeit herauszuziehen, damit sie sich auf ihre »eigentliche« Funktion, ihre Rolle als Mutter im Dienst von »Volk und Rasse« konzentrieren konnten.

Auf die »Alternative«, die »Unterschichtung« der deutschen Industriebeschäftigten durch ausländische Arbeitskräfte, kann hier nur kurz eingegangen werden. Insbesondere seit 1941 strömten zunehmend zwangsweise rekrutierte ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene in alle Zweige der deutschen Industrie.⁵⁰ Die »Fremdarbeiter« stellten keine homogene Masse dar, sondern wurden je nach »Rassen«zugehörigkeit abgestuft behandelt und eingesetzt. Während »nordische« und westeuropäische Arbeitskräfte auch in Facharbeiterfunktionen eingesetzt und vergleichsweise »gut« behandelt wurden, mußten sowjetische, polnische und jüdische Arbeitskräfte überwiegend auf unqualifizierten Arbeitsplätzen und meist unter den schlimmsten Arbeitsbedingungen arbeiten.⁵¹ Die oben skizzierte »Modernisierung« der Arbeitsorganisation und der Lohnsysteme stand dieser rassistischen Segmentierung im übrigen nicht entgegen, sondern wurde nur entsprechend spezifiziert.

Der westfälische »Reichstreuhänder der Arbeit« z.B. sah in einer Bekanntmachung vom Frühjahr 1943 betreffend die Umsetzung des LKEM vor, daß im Zuge »des Ersatzes deutscher Arbeiter durch Ausländer (...) die deutschen Arbeiter für höherqualifizierte Arbeiten« freigestellt und entsprechend höher bezahlt werden sollten.⁵² (Ausländische Arbeitskräfte hatten darüber hinaus nur Anspruch auf einen bestimmten Prozentsatz des Lohnes, den deutsche Arbeiter erhielten.) Wie die fertigungstechnische Rationalisierung durch den »Fremdarbeiter«-Einsatz beeinflußt wurde, läßt sich nur schwer abschätzen, da hier gegenläufige Tendenzen wirkten: Auf der einen Seite wurden ausländische Arbeitskräfte bevorzugt an Fließbändern eingesetzt.⁵³ Auf der anderen Seite hatte es »keinen Zweck, die Automatisierung so weit zu treiben, daß ungelernte (ausländische) Arbeitskräfte weiter eingespart, der Bedarf an hochwertigen Einrichtungen aber erhöht wird.«⁵⁴ Es war – denkt man in dieser zynischen, menschenverachtenden Logik weiter – »billiger«, ausländische Arbeitskräfte zu »verbrauchen«, deren Lohnkosten kaum zu Buche schlugen, statt komplexe und teure technische Anlagen zu installieren, die zudem für Störungen (und Sabotage) besonders anfällig waren.

Infolge der hier skizzierten Umschichtungen bildete sich in der zweiten Kriegshälfte in groben Zügen folgende Hierarchie unter den in der deutschen Industrie beschäftigten Arbeitskräften heraus: Deutsche Arbeiter wurden – soweit nicht zur Wehrmacht eingezogen – zu Vorarbeitern und »Unterführern« aufgeschult; deutsche Frauen rekrutierte man zunehmend für untere Angestelltenfunktionen (der Anteil deutscher Frauen unter den Fließarbeitern verminderte sich entsprechend); »rassisch höherwertige« ausländische Arbeitskräfte wurden in qualifiziertere Arbeiterfunktionen, die das Gros der »Fremdarbeiter« stellenden »Ostarbeiter« auf unqualifizierten Arbeitsplätzen eingesetzt und mit den anstrengendsten und schmutzigsten Tätigkeiten beschäftigt. Zu betonen ist allerdings, daß, wie Ulrich Herbert nachgewiesen hat, die »Unterschichtung« der deutschen Industriearbeiterschaft (eine besonders schlimme Form der »Modernisierung« der Industriearbeit, die Vorläufer im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – polnische Arbeiter im Ruhrbergbau und in der ostelbischen Landwirtschaft – hatte und in der Bundesrepublik mit der Rekrutierung von »Gastarbeitern« ihre gemilderte Fortsetzung fand) seit Mitte 1941 nicht langfristig vom NS-Regime konzipiert war, sondern aus rassistischen Erwägungen eher widerwillig akzeptiert und nur vor dem Hintergrund kriegswirtschaftlicher Zwänge realisiert wurde.

III.

Die wichtigste Wirkung der oben skizzierten innerbetrieblichen Strukturveränderungen auf Verhalten und Mentalität der (im folgenden ausschließlich behandelten) deutschen Industriearbeiterschaft läßt sich auf folgende Formel bringen: »Die Rationalisierung desolidarisierte.« (Peu-

kert).⁵⁵ Das NS-Regime war – das hat Zollitsch unlängst herausgearbeitet – auch in dieser Hinsicht freilich nur Nutznießer von Entwicklungen, die bereits während der Weimarer Republik eingeleitet worden waren.⁵⁶ Da jedoch seit 1935/36 die Rationalisierungsbewegung in der deutschen Industrie ganz anders in die Breite ging als vor 1929/30, schlug auch das hier mit »Desolidarisierung« nur negativ umschriebene Verhaltensmuster während des »Dritten Reiches« in der Industriearbeiterschaft viel stärker Wurzeln – zumal es durch die NS-Politik und nicht zuletzt durch den »Fremdarbeiter«-Einsatz bestätigt und vertieft wurde. Allerdings wird man dabei nach Branchen, Betriebsgrößenklassen, Regionen usw. differenzieren müssen.⁵⁷ Inge Marßolek und René Ott haben am Beispiel Bremen gezeigt, daß z.B. zwischen der Werftindustrie einerseits und dem Flugzeug- und Automobilbau andererseits erhebliche Unterschiede bestehen konnten: Die AG Weser als wichtigste Bremer Hochseewerft hielt bis in den Krieg hinein ihren Stamm an qualifizierten, durch die organisierte Arbeiterbewegung politisch sozialisierten Arbeitskräften; zudem war infolge der dezentralen Arbeitsabläufe die »Beaufsichtigung der Arbeiterschaft« grundsätzlich auf den Werften »nicht so intensiv wie in anderen Betrieben der Metallindustrie, die durchweg in geschlossenen und überschaubaren Arbeitsräumen tätig« waren;⁵⁸ im Schiffsbau konnten sich deshalb nach außen geschützte Kommunikationsstrukturen innerhalb kleiner Arbeitergruppen, deren Mitglieder sich über viele Jahre kannten, erhalten. In den im Gegensatz zur Werftindustrie rasch expandierenden, zum Teil erst nach 1933 gegründeten Unternehmen des Flugzeug- und Automobilbaus vervielfachten sich die Belegschaften nicht selten innerhalb kurzer Zeit; hier wurden weit mehr als im Schiffsbau (junge) Arbeitskräfte eingestellt, die durch die traditionellen Arbeiterparteien und Gewerkschaften politisch nicht geprägt waren; da zudem die Betriebsleitungen in diesen Industriezweigen direkter die Zusammensetzung der Belegschaften bestimmten und die Kontrolle der einzelnen Abteilungen leichter war, bestanden im Regelfall unter den Arbeitern des Luft- und Landfahrzeugbaus keine über Jahre gewachsenen Kommunikationsnetze.

Im Zusammenhang mit der Frage, in welcher Weise die »Modernisierung« der Industriearbeit Bewußtsein und Verhalten der betroffenen Arbeiter prägte, muß zumindest erwähnt werden, daß in einer Reihe von Fällen zum Teil massiver Protest gegen die »Stoppuhr«, mit der die REFA-Leute Zeitmessungen vornahmen, geleistet wurde, weil die Arbeiter eine Erhöhung des Arbeitstempos befürchteten.⁵⁹ Widerstand gegen die Einführung der Fließfertigung oder die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit ist dagegen nur in zwei Fällen überliefert,⁶⁰ wohl weil derartiger Widerstand leicht zum offenen Arbeitskonflikt eskalieren konnte, der dann rasch die terroristischen Institutionen des NS-Regimes auf den Plan rief und rigoros unterbunden wurde.

Im folgenden können nur allgemeine (nicht nach Branchen etc. differenzierte) Thesen formuliert werden, in welcher Form die verschiedenen Dimensionen der betrieblichen Rationalisierungsbewegung »entsolidarisierend« wirkten, welcher »neue Arbeitertypus« sich in Konturen seit 1933 herausbildete:

(a.) Fertigungstechnische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung erleichterten erheblich die Disziplinierung der Arbeiter. Lückenlose Fließfertigung – so wurde in den einschlägigen Zeitschriften lobend hervorgehoben – ermögliche eine bessere Überwachung des Arbeitsablaufs, der einzelne Arbeiter könne sich dem zwangsläufigen Arbeitsrhythmus und dem von außen gesteuerten Arbeitstempo nicht entziehen. Die intellektuell in hohem Maße anspruchslosen Tätigkeiten förderten geistige Abstumpfung und politische Apathie und machten die Entwicklung von Gruppenbeziehungen unter den Arbeitern weitgehend unmöglich. (Das Verbot separater inner- wie überbetrieblicher Organisation der Industriearbeiterschaft durch das NS-Regime förderte diese Entwicklung zusätzlich.)

(b.) Die Ausweitung des REFA-Verfahrens verschaffte den Betriebsleitungen relativ genaue Kenntnisse vom Leistungsvermögen ihrer Arbeiterbelegschaften. Da offene Arbeitsniederlegungen während der NS-Herrschaft nicht möglich waren, kam es nach 1933 und insbesondere in der Phase der Arbeitskräfteknappheit in verstärktem Maße zum sog. »Akkordbremsen«. Derart gezielter Leistungszurückhaltung mit dem Ziel, Lohnerhöhungen oder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, wurde mit der Durchführung von REFA-Zeitstudien – noch stärker mit der Installation von Fließbändern – weitgehend ein Riegel vorgeschoben.⁶¹

(c.) Zugleich waren sich die Nationalsozialisten der sozialintegrativen Potentiale bewußt, die die Einführung und Ausweitung der Massenfertigung in sich barg. Hitlers Versprechen, das Auto (aber auch Radio, elektrische Haushaltsgeräte u.ä.) von einem »kostspieligen Luxusobjekt für wenige« zu einem »Gebrauchsobjekt für alle« zu machen, wie seine allgemeine Forderung noch im vorletzten Kriegsjahr, »allmählich einen Artikel nach dem anderen des Seltenheitswerts durch eine rückständige Produktion zu entkleiden und zu einem Massenartikel zu machen, der möglichst breiten Volksschichten zugänglich wird«, waren keineswegs nur propagandistisch wirkungsvoll in Szene gesetzte Formeln, mit der die Bevölkerung vor und während des Krieges »bei der Stange« gehalten werden sollte, sondern als langfristige politische Konzepte durchaus ernst gemeint. In einem nationalsozialistisch beherrschten Europa sollte, um auf Dauer Loyalität gegenüber dem NS-Regime zu erzeugen, für ein deutsches »Herrenvolk« und damit auch für eine »deutsch-arische« Arbeiteraristokratie eine Konsumgesellschaft modernen Typs geschaffen wer-

den; »der deutsche Arbeiter« – so Robert Ley (der Chef der Arbeitsfront) – werde »in 10 Jahren besser aussehen als heute ein englischer Lord«. ⁶²

(d.) Im Zusammenhang mit der Skizzierung von Form und Funktion des LKEM wurde bereits darauf hingewiesen, daß das NS-Regime (und traditionell viele Großunternehmen) individuelles Leistungsstreben und »Karrieredenken« innerhalb der Industriearbeiterschaft nach Kräften zu fördern suchten. Unterstützt wurde diese Entwicklung darüber hinaus seit etwa 1934/35 durch den Mangel an qualifizierten Arbeitern und (technischen) Angestellten, der seit den Vorkriegsjahren viele Unternehmen veranlaßte, nicht nur Hilfsarbeiter zu Facharbeitern »aufzuschulen«, sondern außerdem gelernte Arbeiter für Angestelltenfunktionen zu qualifizieren; Siemens z.B. rekrutierte seit 1936 etwa ein Viertel seiner neu eingestellten technischen Angestellten aus der eigenen Facharbeiterschaft. Während des Krieges wurden diese Aktivitäten vor dem Hintergrund des vermeintlich unerschöpflichen Potentials an unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften weiter verstärkt.

(e.) Begünstigt wurden alle diese Entwicklungen durch die Krisenerfahrungen der deutschen Industriearbeiterschaft während der Jahre 1929 bis 1933 (Erwerbslosigkeit, Arbeitsplatz- und Existenzangst, Entsolidarisierung, Desorientierung), die Zerschlagung der politischen Arbeiterorganisationen und die Auflösung proletarischer Subkultur und Solidargemeinschaften. ⁶³ Die unter Arbeitern verbreiteten Vorstellungen von einer dichotomischen Gliederung der Gesellschaft und der Unaufhebbarkeit des Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, die durch die Hauptströmungen der Arbeiterbewegung eine politische Fundierung erhalten hatten, mußten nicht zuletzt auch deshalb nach 1933 an Wirkungskraft verlieren.

(f.) Wenn man auf der einen Seite von einer verstärkten »Proletarisierung« der weiblichen Industriearbeiterschaft sprechen kann, da Arbeiterinnen immer häufiger »lebenslanglich« in der Industrie arbeiteten, die betriebliche Arbeitswelt stärker als zuvor zu einer ihr Denken und Handeln prägenden Erfahrung wurde, muß auf der anderen Seite für die männliche Industriearbeiterschaft für die Jahre ab 1939 schon deshalb von einer zunehmenden »Entproletarisierung« gesprochen werden, weil Kriegserfahrungen in sozial unspezifischen Frontgemeinschaften zweifelsohne ein Denken in traditionellen Klassenkategorien allmählich »aufweichte«. Die Bombardierungen, Evakuierungen usw., die Unter- und Mittelschichten relativ gleichmäßig trafen, sowie die Erfahrung sozialer Not in der Nachkriegszeit vertieften dieses Gefühl vermutlich noch.

(g.) Die interne Differenzierung der in der deutschen Industrie tätigen Arbeiterschaft entlang rassistischer Kriterien während des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Arbeiterschaft an der Spitze dieser Hierarchie wird auf das Bewußtsein deutscher Arbeiter nicht ohne Einfluß ge-

blieben sein und auch bei vielen deutschen Facharbeitern einen traditionell in dieser Arbeiterschicht ausgeprägten berufsständischen Stolz um rassistische Elemente »bereichert« haben. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, die deutsche Arbeiterschaft sei während des Krieges generell rassistisch geworden (das Gegenteil läßt sich freilich ebensowenig pauschal behaupten). Zudem war Ausländerhaß auch vor 1933 nicht unbekannt und war und ist bekanntlich nicht auf Deutschland beschränkt.

IV.

Vor dem Hintergrund der hier grob skizzierten Vielzahl von Tendenzen, die nach 1945 beobachtbare Entwicklungen vorwegnahmen oder wenigstens vorbereiteten, könnte man zu der Schlußfolgerung gelangen, es habe sich beim NS-Regime um einen Staat gehandelt, der gezielt modernisierte und Prinzipien rationalen Handelns entsprechend wirkte. Dem war m.E. aus mehreren Gründen jedoch keineswegs so:

– Das NS-Regime war unfähig, eine, den Anforderungen eines modernen Industriekapitalismus gerecht werdende Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu praktizieren: Zahlreiche jüdische Wissenschaftler wurden zur Auswanderung gezwungen; viele einflußreiche NS-Funktionäre hatten für Fachkompetenz und Expertentum nur Verachtung übrig; die Grundlagenforschung wurde vernachlässigt; statt moderne, kooperative Formen der Forschung zu fördern, wurde der individuelle Erfindergeist als das Entscheidende herausgestrichen; trotz einer gewissen Bevorzugung der Technischen Hochschulen gegenüber den traditionellen Universitäten, wurde das Ingenieurstudium nicht in der Weise grundlegend gefördert, wie dies offizielle Verlautbarungen erwarten ließen. Ausdruck der Vernachlässigung von Wissenschafts- und Forschungspolitik war, daß die Zahl der angemeldeten Patente von 78.400 im Jahre 1930 auf 47.555 1939 und die der erteilten Patente von 26.737 auf 16.525 zurückging. (Zu berücksichtigen ist hierbei freilich, daß mit der Neufassung des Patentgesetzes vom 5. Mai 1936 der Patentschutz zwecks »Förderung des Wohles der Volksgemeinschaft« insbesondere im Interesse der »Landesverteidigung« durch die später auch praktizierte Möglichkeit der Vergabe von Zwangslizenzen so stark durchlöchert wurde, daß sich auch deshalb die Zahl der angemeldeten und erteilten Patente erheblich verringert haben dürfte).⁶⁴

– Das NS-Regime war in seiner Grundstruktur kein homogener Staat. Lediglich die Reste des traditionellen bürgerlichen Rechtsstaates, deren Bedeutung im Laufe der Jahre und vor allem während des Krieges immer mehr zurücktraten, handelten nach Kriterien politischer und sozialer Rationalität. Charakteristisch für das NS-Regime war das Prinzip der Kompetenzkonkurrenz, d.h. neben die traditionellen Institutionen traten neugeschaffene Instanzen mit jeweils führenden Nationalsozial-

sten an der Spitze, die den alten Behörden Kompetenzen streitig machten und fortwährend danach trachteten, ihre Befugnisse und damit ihre Macht auszudehnen. So drängte z.B. der »Beauftragte für den Vierjahresplan« seit 1936 das Reichswirtschaftsministerium immer mehr in den Hintergrund, verurteilte der »Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz« das Reichsarbeitsministerium seit 1942 zu einem Schattendasein. Die neu entstandenen Institutionen handelten nur partiell in einer Weise »rational«, wie dies für moderne Staaten typisch ist (am ehesten noch das von Todt und Speer geschaffene »Reichsministerium für Rüstung und Munition« mit der von diesem organisierten »Wirtschaftlichen Selbstverwaltung« ab 1942); vor allem aber waren alle diese Instanzen nicht fähig, stringente und langfristige Konzepte zur Realisierung der ihnen übertragenen Aufgaben zu entwickeln und umzusetzen. Bis etwa 1941/42 erwies sich die Übertragung des bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenzprinzips in die Sphäre des Politischen/Staatlichen – durch das NS-Ideologem des »Sozialdarwinismus« zusätzlich legitimiert – freilich durchaus als funktional. Ohne die »kalkulierte Improvisation« (Günther Morsch)⁶⁵ der verschiedenen Teilbereiche des NS-Staates wären die ökonomischen, innenpolitischen und militärischen »Erfolge«, mit denen das Regime vor der deutschen Öffentlichkeit reüssierte, so kurzfristig wohl kaum zu erreichen gewesen. Seit 1941/42 zeigte sich allerdings dann deutlich, daß Überschneidung und Zersplitterung der Kompetenzen (überhaupt ein solcher Staatstypus, der in gewisser Weise eine Art Gegenpol zum modernen bürokratischen Staat und dem diesen zugrundeliegenden Prinzip der Kompetenztrennung und Arbeitsteilung darstellt) auf Dauer zumindest ökonomisch dysfunktional war; der Wirrwarr z.B. bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen ist hierfür ein beredtes Zeugnis.⁶⁶

– Vor allem aber war das Ziel der »Modernisierung« von Staat und Gesellschaft nicht handlungsleitend für die verschiedenen Institutionen des NS-Regimes. Die partielle Modernisierung in den hier diskutierten sozialen und ökonomischen Teilbereichen war nur Instrument, um ganz andere, sozusagen originär nationalsozialistische Ziele zu verwirklichen. Der Rassismus als handlungsleitendes Grundprinzip des Nationalsozialismus kollidierte immer wieder mit ökonomischen, militärischen und politischen »Notwendigkeiten«; die Geschichte des »Arbeitseinsatzes« während des Zweites Weltkrieges ist hierfür ein signifikantes Beispiel.

Zugespitzt könnte man sagen: Nicht nur die Industrie, auch viele politische Funktionsträger der Weimarer Republik wollten die (wirtschaftliche und politische) »Modernisierung«; sie stießen indessen an »objektive« Grenzen. Umgekehrt verfolgten die Nationalsozialisten ideologische und gesellschaftspolitische Ziele, die jedenfalls den gängigen (vielfach freilich einseitig positiv aufgeladenen) Vorstellungen von (politischer) »Modernisierung« widersprachen. Dabei bedienten sie sich jedoch (häu-

fig willentlich) einer Vielzahl von Mittel, die »modernisierend« wirkten. Im Hinblick auf die Industriearbeit heißt dies vor allem: Sie räumten politische und juristische Barrieren (Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmerrechte) aus dem Weg und sprengten die engen ökonomischen Grenzen (Absatzmärkte), die vor 1933 einer fundamentalen ökonomischen und sozialen »Modernisierung« im Wege gestanden hatten. Unmittelbar vorangetrieben wurde die »Modernisierung« der Industriearbeit vor wie nach 1933 allerdings überwiegend von den einzelnen industriellen Unternehmen (freilich mit zum Teil erheblicher Unterstützung durch den Staat bzw. halbstaatliche Organisationen). Die auf einzelbetrieblicher Ebene in unterschiedlichem Ausmaß entfalteten Rationalisierungsaktivitäten summierten sich dann auf überbetrieblicher Ebene zu den beschriebenen, gravierenden sozioökonomischen und -psychologischen Veränderungen. Diese Entwicklungen wird man für sich genommen und unter Berücksichtigung der eingangs gemachten Bemerkungen in gewisser Weise »Modernisierung« nennen können. Die Summe all dieser Prozesse mit dem positiv aufgeladenen Etikett »Modernisierung« zu kennzeichnen, hieße jedoch, den Charakter des NS-Regimes grundsätzlich zu verkennen oder bewußt seinen rassistischen und menschenverachtenden Charakter verniedlichen zu wollen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, insbesondere S. 15, 296; ders., *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen 1989, S. 82. Zum gesamten Komplex der »Modernisierungs«-Diskussion außerdem die einleitenden Bemerkungen von Inge Marbolek sowie die dort zitierte Literatur.
- 2 Im Gegensatz zu Peukert (Webers Diagnose, S. 70 ff., 78 f.) wird der »Rationalisierungs«-Begriff hier nicht als Epochenbegriff genommen, sondern gewissermaßen als die betriebliche Konkretion allgemeiner »Modernisierung« aufgefaßt; zur Ambivalenz des Rationalisierungsbegriffs vgl. auch Thomas von Freyberg, *Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie*, Frankfurt a.M./New York 1989, S. 305-320; Akos Paulinyi, *Massenproduktion und Rationalisierung*, in: *Technikgeschichte*, Bd. 56/1989, S. 143 ff. Präzise und ausführlich auch das Verständnis der Zeitgenossen von »Rationalisierung« diskutierend jetzt: Tilla Siegel u. Thomas v. Freyberg, *Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 17-36.
- 3 Die betrieblichen Verhältnisse im (Steinkohlen-)Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie werden hier nicht thematisiert, da in diesen beiden Industriezweigen die Entwicklung ganz anders als in der verarbeitenden Industrie verlief.
- 4 Stichworte: Ausbau der vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchungen und anderer Krankenkontrollen; Einführung der Institution des Betriebsarztes; Initiativen zur Erhöhung des »Leistungsknicks«; verschärfte Repressalien gegenüber angeblich krankenscheinfreudigen Kassenärzten u.a.m. (ausführlicher hierzu: Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im Dritten Reich. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933 bis 1945*, Göttingen 1989, S. 234-244).
- 5 Die Phase Januar bis Anfang Mai 1945 war – infolge des raschen Vordringens der Truppen der Alliierten, der dadurch bedingten weitgehenden Lähmung der Verkehrsverhältnisse, der Unterbrechung der Rohstoffversorgung etc. – charakterisiert durch den partiellen bis vollständigen ökonomischen Zusammenbruch im nationalen wie einzelbetrieblichen Rahmen. Für die Diskussion der Formen und Wir-

kungen der »Modernisierung« der Industriearbeit ist diese Zeit ohne Interesse; sie wird deshalb hier ausgespart.

- 6 Genau genommen wurde in der Gießereiindustrie sowie in einzelnen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie bereits seit der Jahrhundertwende nach dem Fließprinzip zu arbeiten begonnen – ohne daß allerdings dieses Produktionsprinzip nachhaltig auf andere Industriezweige ausstrahlte.
- 7 Gerhard Duvigneau, Untersuchungen zur Verbreitung der Fließarbeit in der deutschen Industrie. Eine wirtschaftlich-technische Studie (Diss.), Breslau 1932, S. 68 ff.; zur insgesamt geringen Verbreitung der Fließarbeit vgl. auch Jürgen Bönig, Fließarbeit und Bandarbeit in der deutschen Rationalisierung der 1920er Jahre, in: Technikgeschichte, Bd. 56/1989, S. 243 ff.
- 8 Vgl. Graf v. Seherr-Toss, Die deutsche Automobilindustrie. Eine Dokumentation von 1886 bis heute, Stuttgart 1974, S. 212.
- 9 DMV, Rationalisierung, S. 163; weitere Beispiele für die Stilllegung von Fließbändern in der Krise finden sich z.B. in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten 1931/32, S. 31, 1933/34, S. 1, S. 41.
- 10 So der 1938 zum »Bevollmächtigten für die Maschinenerzeugung« ernannte Karl Lange in: »Deutsche Volkswirtschaft«, Jg. 7/1938, S. 50. In der jüngsten Arbeit von Siegel und Freyberg wird entgegen dem Titel, der mehr verspricht als er hält (Anm. 2), nur die Rationalisierungsbewegung in einem relativ schmalen, wenn auch wichtigen Sektor der metallverarbeitenden Industrie, dem Werkzeugbau, sowie bei Siemens – einem Konzern, der in Sachen Rationalisierung immer schon Vorreiter war, jedoch auch nach 1933 kaum repräsentativ für die gesamte elektrotechnische Industrie gewesen sein dürfte – untersucht. Insbesondere die Dimensionen und der Verlauf der Rationalisierungsbewegung in kleineren und mittleren Unternehmen sowie überhaupt den meisten Industriezweigen bleiben nach wie vor ein Forschungsdesiderat.
- 11 Vgl. Graf v. Seherr-Toss, Automobilindustrie, S. 284 bzw. Heinrich Hauser, Opel. Ein deutsches Tor zur Welt, Frankfurt a.M. 1937, S. 201.
- 12 Jahresbericht der Fabrikleitung des Wernerwerks Funk für 1935/36, in: Siemens-Archiv-Akten (SAA) 15/Lc 816; ähnliche Formulierungen finden sich in den Berichten fast aller Betriebe der S & H bzw. SSW ab 1935/36.
- 13 Vgl. Bahlsen 1889-1964, S. 26, 29, nach: Geschichte der Produktivkräfte, Bd. III: 1917/18 bis 1945, hg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rudolf Berthold, Berlin 1988, S. 76.
- 14 Die Intensität der Arbeit, die sich selbst nicht messen läßt, sank tendenziell seit 1935, weil die Arbeitszeit nach 1933 exorbitant (weit über das Niveau der Jahre 1928/29) ausgedehnt wurde; abgeschwächt wurde das Absinken der Arbeitsintensität durch die vermehrte Anwendung von REFA (s.u.; zur Arbeitszeitentwicklung vgl. Rüdiger Hachtmann, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt in Deutschland 1929 bis 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 27/1987, S. 208-218; für die Jahre ab 1939: ders., Industriearbeit, S. 50 ff.). Andere Faktoren, die die Arbeitsproduktivität beeinflussen, spielten in der verarbeitenden Industrie demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle.
- 15 Führende Nationalsozialisten, auch Hitler selbst, standen dem US-amerikanischen Vorbild positiv gegenüber (Belege: Hachtmann, Industriearbeit, S. 333, Anm. 76; S. 339, Anm. 144). Die Abschottung vom Weltmarkt behinderte im übrigen die Rationalisierungsbestrebungen grundsätzlich nicht. Die Preispolitik der verschiedenen NS-Institutionen stimulierte im allgemeinen das Bestreben der Unternehmen, die Produktionskosten zu senken, und ersetzte anscheinend insgesamt erfolgreich die hinsichtlich der Rationalisierungsbemühungen als Stimulans wichtige Funktion der ausländischen Konkurrenz. Zudem wurde die staatliche Auftragsvergabe von der Einführung der Normen, Beschränkung der Typenzahl usw. abhängig gemacht.
- 16 Einen Überblick über die Einzelmaßnahmen findet sich in: Hachtmann, Industriearbeit, S. 77 ff.
- 17 Vgl. (PKW-Typen): Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 2: 1941-1943, Berlin 1985, S. 314 sowie (Maschinen:) Hermann Gesell, Typenabrüstung in der Maschinenindustrie (Teil II), in: VJP Jg. 6/1942, S. 426 f. Noch extremer war die Typenabrüstung im Lokomotivbau: vgl. Michael Mende, Massenfertigung in der Einzelfertigung. Der Dampflokomotivbau bei HANOMAG, in: Technikgeschichte, Bd. 56/1989, S. 230 f.

- 18 Diese Bemerkung (Adolf Lang, Fließfertigung im Drehbankbau nach eigenem System, in: Fließende Fertigung in deutschen Maschinenfabriken, hg. vom Hauptausschuß Munition beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Essen 1943, S. 155) zielt zwar nur auf die Werkzeugmaschinenindustrie, an der bis 1939 die fertigungstechnische Rationalisierung weitgehend vorbeigegangen war; gültig ist sie letztlich jedoch für die gesamte Rüstungs- und Investitionsgüterindustrie.
- 19 W. Jensen und A. Raupp, Die VDF-Fertigung bei Heidenreich & Harbeck, in: Fließende Fertigung in Maschinenfabriken, S. 137.
- 20 Genau genommen beginnt die Geschichte von REFA früher: mit der Gründung des »Ausschusses für Zeitstudien« am 12. Dez. 1919, anfangs einer Suborganisation des »Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung« des VDI, seit 1922 dann des »Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit«. 1922 wurde auch mit der Schulung von Kalkulatoren für die Anwendung des REFA in den Betrieben begonnen. Zum Siegeszug der Theorie des Taylorismus seit 1919 vgl. Charles Maier, Zwischen Taylorismus und Technokratie: Gesellschaftspolitik im Zeichen industrieller Rationalität in den zwanziger Jahren in Europa, in: Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1985, insbesondere S. 198 ff.
- 21 Von der Berliner Metallverarbeitung und Elektroindustrie (insbesondere Loewe, Siemens, AEG und Borsig) ging auch die Gründung des REFA aus (ausführlich: Engelbert Pechhold, 50 Jahre Refa, Darmstadt 1974).
- 22 717 von 1102; vgl. DMV, Rationalisierung, S. 192. Nur 7 Abteilungen (0,6 %) arbeiteten nach dem Bedaux-System.
- 23 Vgl. Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, hg. von Heinz Boberach, Herrsching 1984 (17 Bde.), hier Meldungen vom 7. Juni 1943 sowie 21. Febr. 1944, S. 5334 f. bzw. 6356 ff.
- 24 Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 176-181. Wie verbreitet REFA war, läßt sich z.B. auch daran ablesen, daß vom 2. REFA-Buch bis 1939 34.000 Exemplare gedruckt worden waren. Das 3. REFA-Buch war zwar bis 1945 als Manuskript fertiggestellt, erschien jedoch erst 1951.
- 25 Niederschrift über die Sachverständigenausschussitzung zur Beratung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK) R 41/Bd. 153, Bl. 81 f. Die im Vergleich zu anderen Industriezweigen sehr rasche und ziemlich vollständige Einführung des REFA in den Seeschiffswerften erklärt sich aus der Absicht der NS-Führung, sich für die geplante Invasion Englands (Operation »Seelöwe«) innerhalb kurzer Zeit ein Maximum an Schiffsraum zu verschaffen. In anderen Industriezweigen verlief die Entwicklung zwar langsamer, sie war jedoch auch dort von ähnlichem oder noch nachhaltigerem Erfolg (ausführlich zur Lohn- und Leistungs politik in den Seeschiffswerften 1940/41: Tilla Siegel, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen »Ordnung der Arbeit«, Opladen 1989, S. 143 ff.).
- 26 Rezension der zweiten Auflage des »Leitfadens für das Arbeitsstudium«, in: »Technik und Wirtschaft« Jg. 35/1942, S. 70. Dieser »Leitfaden« über »körperliche und seelische Voraussetzungen der menschlichen Betriebsarbeit«, 1937 in der ersten (hohen) Auflage erschienen, war u.a. von Erwin Bramesfeld verfaßt worden. An Personen wie Bramesfeld (1953 bis 1963 Geschäftsführer des REFA-Verbandes), Böhrs und anderen wird deutlich, daß nicht nur strukturelle Kontinuitäten bestanden, sondern vielfach die gleichen Personen, die bereits vor 1945 die »Modernisierung« der Industriearbeit voranzutreiben suchten und dabei teilweise der rassistischen Ideologie des NS Konzessionen gemacht hatten, auch in der Bundesrepublik diese Aktivitäten in höchsten Funktionen fortsetzen konnten (zu rassistischen Äußerungen von Böhrs vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 162).
- 27 Vgl. Johannes Paasche, Die Praxis der Arbeitsbewertung, Köln 1963, S. 19 sowie Reichsarbeitsblatt 1936, VI, S. 269 ff.
- 28 Die nur in den Lohngruppen C und D tätigen Frauen mußten von vornherein einen pauschalen Lohnabschlag von dreißig Prozent hinnehmen.
- 29 Schreiben der Firma A. Beeck/Oldenburg an die Wirtschaftsgruppe Maschinenbau vom 18. April 1944, in: BAK R 121/Bd. 327; vgl. auch z.B. Meldungen aus dem Reich vom 7. Juni 1843, S. 5335.
- 30 Vgl. z.B. Bericht des GBA an den Reichsarbeitsminister vom Sept. 1942, in: BAK R 41/Bd. 29, Bl. 65; Schreiben des Sozialwirtschaftlichen Ausschusses der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppe Maschinenbau vom 25. Mai 1944, in:

BAK R 121/Bd. 327; Vermerk Sauckels vom 24. Okt. 1944, in: BAK R 43II/Bd. 542, Bl. 188 f.

- 31 Jedenfalls in den von fertigungstechnischer Rationalisierung erfaßten Branchen (nicht dagegen etwa im Baugewerbe): In der Metallverarbeitung verminderte sich der Anteil der Arbeiter, die im »Stücklohn« beschäftigt wurden von Okt. 1928 mit 62,4 % (1931: 62,3 %) bis März 1939 mit 58,4 %; in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie wurde dieser Prozentsatz noch stärker reduziert (März 1931: 24,2 %; März 1939: 18,1 %; ausführlich hierzu: Hachtmann, Industriearbeit, S. 169 ff., 183 ff.; Zahlen nach: ebd., S. 173, Tab. 15).
- 32 Bis 1931 wurde nach einer Erhebung des DMV in 76,7 % von 150 Metallbetrieben, in denen Bandarbeiter eingeführt und über das Lohnsystem berichtet wurde, der traditionelle, leistungsbezogene Akkord beibehalten. Überraschen kann dies nicht, da zu diesem Zeitpunkt immerhin etwa ein Drittel aller am Band beschäftigten Arbeiter noch Einfluß auf das Tempo des Transportbandes besaßen (vgl. DMV, Rationalisierung, S. 164, 166). Nach 1933 sanken diese Prozentsätze zwar, aber auch während der NS-Zeit wurden noch viele Bandarbeiter im »Akkord« entlohnt (hierzu und zum Problem der kategorialen Abgrenzung vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 175).
- 33 Diese Akkordform, die bundesdeutsche Betriebssoziologen als »völlig neue Lohnform« der sechziger und siebziger Jahre bezeichneten (z.B. Eckart Teschner, Lohnpolitik im Betrieb, Frankfurt a.M./New York 1977, S. 73), wurde ab 1940 nachweislich in Klöckner-Humboldt-Deutz-Werken in Köln eingeführt; vgl. die Aufsätze des »Betriebsführers« dieses Unternehmens Helmut Stein in: »Zeitschrift für Organisation« Jg. 15/1941, S. 1 ff., 162 ff. sowie Jg. 16/1942, S. 198 ff.; vgl. hierzu auch Martin Rührer, Zur Sozialpolitik bei Klöckner-Humboldt-Deutz während des Nationalsozialismus: »Die Masse der Arbeiter muß aufgespalten werden«, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 33/1988, insbesondere S. 108 ff.
- 34 So betonte Karl Lange, seit 1942 zusätzlich zu seiner bisherigen Funktion (Anm. 10) Leiter des Hauptausschusses Maschinenbau, nach dem Krieg gegenüber den Experten des USSBS sogar: »The German Government never gave order to industry as you did in America.« (Nach: Siegel/Freyberg, Industrielle Rationalisierung, S. 162.) Allerdings war die »Industrielle Selbstverwaltung« im Deutschen Reich ganz anders strukturiert als die kriegswirtschaftliche Organisation in den USA, brauchte das NS-Regime nicht so stark über externe Eingriffe reglementieren.
- 35 Zum Thema DAF und Rationalisierung/betriebliche Leistungssteigerung vgl. Tilla Siegel, Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Hans Mommsen (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, insbesondere S. 113 ff.; Wolfgang Spohn, Betriebsgemeinschaft und Volksgemeinschaft. Die rechtliche und institutionelle Regelung der Arbeitsbeziehungen im NS-Staat, Berlin 1987, insbesondere, S. 219 ff.; Matthias Frese, Vom »NS-Musterbetrieb« zum »Kriegs-Musterbetrieb«. Zum Verhältnis von Deutscher Arbeitsfront und Großindustrie 1936-1944, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München 1989, insbesondere S. 387 ff. Überschätzt wird die Rolle der DAF und insbesondere des Arbeitswissenschaftlichen Instituts für den Gesamtkomplex der Rationalisierungsbewegung von Tilla Siegel (vgl. dazu jetzt auch dies./Freyberg, Industrielle Rationalisierung, S. 37-135).
- 36 Vgl. Manfred Wilke, Goetz Briefs und das Institut für Betriebssoziologie an der Technischen Hochschule Berlin, in: Reinhard Rürup (Hg.), Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin, Bd. 1, Berlin usw. 1979, insbesondere S. 339 ff.; Peter Hinrichs, Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871-1945, Köln 1981, S. 264 ff., 271 ff.; Carola Sachse, Betriebliche Sozialpolitik als Familienpolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Mit einer Fallstudie über die Firma Siemens, Hamburg 1987, S. 58 ff. (Neuaufgabe 1990 unter dem Titel: Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Untersuchung zur sozialen Rationalisierung im 20. Jahrhundert); Peter C. Bäumer, Das deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (Dinta), München 1930, S. 81 ff.; Gerhard Bunk, Erziehung und Industriearbeit, Weinheim/Basel 1972, S. 151 ff., 223 ff.; Freyberg, Rationalisierung, S. 328 ff.

- <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.803>
- 37 Gerhard Müller, *Arbeitskampf und Arbeitskämpfrecht*, insbesondere die Neutralität des Staates und verfassungsrechtliche Fragen, Bonn 1985, S. 50. Die Institution des »Treuhänders der Arbeit« fußte auf dem staatlichen Schlichtungswesen der Weimarer Republik. Nicht zufällig hatten auch die meisten der 1933/34 ernannten Treuhänder vor 1933 im Schlichtungswesen praktische Erfahrungen gesammelt.
 - 38 Vgl. Werner Mansfeld, Wolfgang Pohl, *Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit*. Kommentar, Berlin usw. 1934 (Zitat: S. 1). Mansfeld und Pohl gelten als Inspiratoren und Verfasser des AOG. Zur weitgehenden Unfähigkeit der Treuhänder der Arbeit, die ihnen übertragenen Kompetenzen auch effektiv auszufüllen, ausführlich: Rüdiger Hachtmann, *Die Krise der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung – Pläne zur Änderung der Tarifgestaltung*, in: *Kritische Justiz* 17. Jg./1984, S. 283 ff.; ders., *Industriearbeit*, S. 116 ff.
 - 39 So z.B. der spätere Leiter der Reichswirtschaftskammer Albert Pietzsch auf der Sitzung des Sozialwirtschaftlichen Ausschusses der Reichsgruppe Industrie vom 1. Febr. 1934, in: *BAK R 121/Bd. 269*. Ähnlich auch z.B. Mansfeld/Pohl, *Gesetz*, ebd.
 - 40 Den von Gunther Mai (»Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?«, *Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches*, in: *Geschichte und Gesellschaft* (GG) Jg. 12/1986, S. 212 ff.) zitierten Belegen über Aktivitäten des VR ist nicht zu entnehmen, wann diese stattfanden und um was es sich konkret handelte. In ihrer Entstehungsphase suchten manche VR, quasi-gewerkschaftlich tätig zu werden (vgl. auch diverse Beispiele in den SOPADE-Berichten); vor dem Hintergrund ihrer faktischen Rechtlosigkeit und der daraus resultierenden Mißerfolge finden sich Beispiele quasi-gewerkschaftlicher Tätigkeit seit 1936/37 nur noch in Ausnahmefällen. Beispiele zur Erfolglosigkeit der Tätigkeit der Vertrauensräte sind zu finden in: Rüdiger Hachtmann, *Die Arbeiter der Gutehoffnungshütte 1933-1939*, in: Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 127 ff.; ders., *Zur Lage der Industriearbeiter im Ruhrgebiet während der NS-Zeit*, in: Ottmar Dascher (Hg.), *150 Jahre Dortmunder Stahlindustrie*, Dortmund 1992; zur Kritik an Mai vgl. Siegel, *Leistung*, S. 121 sowie dies., *Rationalisierung*, S. 112, 137 ff.
 - 41 Niederschrift über die Besprechung mit Ministerialdirektor Kimmich im Sitzungssaal des Mannesmannhauses am 20. Juni 1940, in: *Westfälisches Wirtschaftsarchiv F26/81* bzw. von mir dokumentiert in: *Jahrbuch Soziale Bewegungen* 1, Frankfurt a.M./New York 1984, S. 175 ff.
 - 42 Pietzsch während der Sitzung des Sozialwirtschaftlichen Ausschusses der RGI vom 24. Febr. 1934 (Anm. 32); vgl. auch Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1943, S. 671, 674 ff. oder die Bemerkung Krohns vom Juni 1937, »daß der Führer früher niemals Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen als solche verurteilt« habe, sondern immer nur deren marxistischen und vermeintlich »jüdischen« Charakter (nach: Gerhard Beier, *Gesetzentwürfe zur Ausschaltung der Deutschen Arbeitsfront*, in: *AFS Bd. 17/1977*, S. 316, Anm. 80).
 - 43 Nach: ebd.
 - 44 Immer noch sehr anregend der »klassische« Aufsatz von Timothy W. Mason, *Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit*, vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neueren deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen u.a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 322 ff.
 - 45 Ausführlich hierzu: Hachtmann, *Industriearbeit*, S. 56 ff.; Zahlen: S. 64 (Tab. 5).
 - 46 Die Grob kategorisierungen der amtlichen Statistik wurden der zunehmenden Differenzierung von Tätigkeiten und Berufsfeldern immer weniger gerecht. Zu den Folgen der Rationalisierung gehörte u.a. auch eine zunehmende Aufsplitterung der Facharbeiterberufe: Den Beruf des Schlossers gab es Mitte der dreißiger Jahre in 84, den des Schmiedes in 76 Variationen. Der Beruf des Drehers war um die Jahrhundertwende noch ein Sonderberuf des Schlossers; gut drei Jahrzehnte später war dieser ursprüngliche Sonderberuf wiederum in diverse Spezialberufe aufgesplittert (nach: *Geschichte der Produktivkräfte*, Bd. III, S. 204).
 - 47 Zur Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Realeinkommen sowie zur Kritik der amtlichen Statistik vgl. Rüdiger Hachtmann, *Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des Dritten Reich*, in: *Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* Bd. 75/1988, S. 32-73.

- 48 Dies läßt sich jedenfalls den Arbeitsbuchehebungen sowie einzelbetrieblichen Beispielen entnehmen; ausführlich hierzu: Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft (1936 bis 1944)*, erscheint in GG 1993.
- 49 Vgl. ders., *Arbeitsmarkt und Arbeitszeit*, S. 199 ff.
- 50 Im industriellen Durchschnitt lag der Anteil sämtlicher ausländischer Arbeitskräfte (einschl. Kriegsgefangener) 1942 bei 14,8 %, 1943 bei 25,0 % und 1944 bei 28,9 %. Im Industriesektor Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau lagen diese Prozentsätze während des gleichen Zeitraumes bei 15,1 %, 29,4 % und 32,0 %. Im Schiffbau wiederum, der von der Statistik diesem Industriesektor subsumiert war, betrug der Anteil ziviler und Kriegsgefangener Fremdarbeiter im Jahre 1944 20,4 % und 1945 21,5 %, im Automobilbau in den letzten Kriegsjahren 25,8 % bzw. 28,4 % und im Flugzeugbau 30,7 % bzw. 30,2 % (jeweils 31. Mai; Sparten des Fahrzeugbaus ohne wehrmachtseigene Unternehmen; alle Angaben nach: Rolf Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege*, Berlin 1954, S. 148-157).
- 51 Zur Situation der ausländischen Arbeitskräfte vgl. insbesondere Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin/Bonn 1985 (zur Qualifikationsverteilung ausländischer Arbeitskräfte am Beispiel der Krupp-Gußstahlfabrik: S. 206).
- 52 Nach: Siegel, *Leistung*, S. 182.
- 53 Vgl. etwa (mit diversen einzelbetrieblichen Beispielen) *Fließende Fertigung in deutschen Maschinenfabriken*, hg. vom Hauptaufschuß Maschinen beim Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Essen 1943; zu KZ-Häftlingen (mit diversen Beispielen): Rainer Fröbe, *Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie*, in: Ulrich Herbert (Hg.), *Europa und der »Reichseinsatz«*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, insbesondere S. 362-368.
- 54 Erfahrungsbericht der Fritz Werner AG, zit. nach: Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 282.
- 55 Detlev J. Peukert, *Die Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1987, S. 121.
- 56 Wolfgang Zoklitsch, *Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus*, Göttingen 1990, insbesondere S. 37 ff., 158 ff. Auffällig ist auch, daß die Rationalisierungsbewegung in der Arbeiterschaft kaum Widerstand hervorrief und in den Gewerkschaften insgesamt auf eher positive Resonanz stieß (vgl. Gunnar Stollberg, *Die Rationalisierungsdebatte 1908-1903. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr*, Frankfurt/New York 1981, insbesondere S. 81 ff.; Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Bd. 2: 1924-1929, Berlin/Bonn 1985, S. 66 ff.). Die mit dem Fordismus zugleich »importierte« Ideologie des »weißen Sozialismus« hier auch nur vorzustellen, würde den Rahmen des Aufsatzes sprengen.
- 57 Im Hinblick auf Mentalität und Verhalten der Industriearbeiterschaft werden auch lokale oder regionale Traditionen eine gewisse Rolle gespielt haben. Sie dürften jedoch allmählich in den Hintergrund getreten sein, da die Rationalisierungsbewegung keine regionalen Grenzen kannte und die innerbetrieblichen Strukturveränderungen während der NS-Zeit stärker als in der Weimarer Republik die Verhaltensmuster des einzelnen Arbeiters prägte. Mögliche Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftsgebieten sowohl hinsichtlich des Ausmaßes der Rationalisierungsbewegung als auch des Arbeiterverhaltens resultierten in erster Linie aus einer unterschiedlichen Branchenstruktur, Differenzen z.B. zwischen Berlin und Norddeutschland aus der großen Bedeutung der Wertindustrie in den Industriezentren an der Küste. Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Rostock usw. waren außerdem nicht nur von teilweise stagnierenden Branchen wie dem Bau von Hochseeschiffen geprägt, sondern zusätzlich davon, daß infolge der weitgehenden Abschottung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt infolge der NS-Autarkiepolitik auch etwa Hamburg und Bremen als Zentren des Überseehandels an den Rand gedrängt wurden. Dies drückte sich auch in regional stark differierenden Lohnentwicklungen aus: 1929 lagen die Bruttowocheneinkommen in den Hansestädten weit über denen aller anderer Regionen des Deutschen Reiches. Die Wocheneinkommen der Berliner Arbeiter, die 1929 noch um 19,6 % hinter denen der Arbeiter der Hansestädte zurückgelegen hatten, holten seit 1932 rasch auf. Bereits 1934 hatten die Arbeiter der Reichshauptstadt (die zum wichtigsten rüstungsindustriellen Zentrum geworden war) die der Hansestädte hinsichtlich der Höhe der Effektivverdienste »überholt« und bauten diesen Vorsprung weiter aus (1934: +2,4 %; 1938:

- +3,7 %; Angaben nach: »Wirtschaft und Statistik«, Jg. 16/1936, S. 327; Jg. 19/1939, S. 299). Daß die darin zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen lohnpolitischen Spielräume der Unternehmer (gezielte materielle Privilegierung rüstungswichtiger Industriearbeiter in Berlin) auch das Verhalten der betroffenen Arbeiter in unterschiedlicher Weise prägten, liegt auf der Hand (u.a. Spaltung, »Korrumpierung« einerseits, bessere Chancen, Lohnforderungen durchzusetzen, andererseits).
- 58 Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften zu Beginn des Jahres 1941, S. XV Rs., in: BAK, R 41 Bd. 153, Bl. 47; vgl. Inge Maršolek und René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986, S. 151 ff.
 - 59 Vgl. z.B. Bericht der »Treuhänder der Arbeit« für das 4. Vierteljahr 1938, nach: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975, S. 869 f.; Jürgen Kuczynski, Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland, Bd. 6, Berlin 1965, S. 240; Detlev K. Peukert, Die KPD im Widerstand, Wuppertal 1980, S. 387 f.; Günther Morsch, Die deutsche Arbeiterschaft zwischen Anpassung und Resistenz. Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten deutscher Arbeiter zwischen 1933 und 1936/37 (ms.Diss.), Berlin Dez. 1988, S. 491; Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE) 1934-1940, hg. von Klaus Behnken, Frankfurt/Salzhausen 1980, hier: 1938, S. 1000, 1003; 1939, S. 45; Meldungen aus dem Reich vom 7. Sept. 1942, S. 4185.
 - 60 Vgl. Walter Schmidt (Hg.), »Damit Deutschland lebe«. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf, Berlin 1958, S. 28 und 89; auch zit. bei: Hanna Elling, Frauen im deutschen Widerstand 1935-1945, Frankfurt a.M. 1978, S. 49 bzw. Annette Kuhn und Valentin Rothe, Frauen im deutschen Faschismus, Bd. 2: Frauenarbeit und Widerstand im NS-Staat, Düsseldorf 1982, S. 187.
 - 61 Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 199 ff. Daß aufgrund der oben angesprochenen Schwierigkeiten, auf den Werften das REFA-Verfahren komplikationslos durchzusetzen, die Arbeiter dieses Industriezweiges noch erhebliche Räume für »Akkordbremsen« besaßen, wird ausführlicher von Siegel, Leistung, S. 157 ff. beschrieben.
 - 62 Nach: Ronald Smelser, Eine »braune Revolution«? Robert Ley, Deutsche Arbeitsfront und sozialrevolutionäre Konzepte, in: Wolfgang Michalke (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München/Zürich 1989, S. 427 bzw. Marie-Luise Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985, S. 98. Im Grunde nahmen Hitler, Ley u.a. damit zentrale Elemente der Ideologie des »weißen Sozialismus« Henry Fords auf.
 - 63 Über die Versäumnisse und Fehlhandlungen der Arbeiterbewegung, soweit sie die »Machtergreifung« der Nationalsozialisten überhaupt erst möglich gemacht haben, ist viel geschrieben worden. Ein weiterer, bisher wenig problematisierter Aspekt soll hier wenigstens am Rande erwähnt werden: die fatale Fehleinschätzung von SPD wie KPD, das NS-Regime würde rasch zusammenbrechen. Die falsche Prognose (und entsprechend selbstmörderisch konzipierter organisierter Widerstand) erklärt nicht nur die große Zahl der Opfer unter den Mitgliedern der organisierten Arbeiterbewegung; sie demoralisierte auch die Industriearbeiterschaft insgesamt. Die wider Erwarten relativ schnelle politische Stabilisierung des NS-Regimes bedingte – zusammen mit vermeintlichem »Wirtschaftswunder« und erfolgreich geschlagenen »Arbeitschlacht« – wesentlich die »negative Integration« (Groh/Morsch) der Arbeiterschaft in die NS-Gesellschaft (vgl. Morsch, Arbeiterschaft, insbesondere, S. 748 ff.).
 - 64 Vgl. die grundlegende Arbeit von Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1979, S. 227 f.; ferner Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: Walter H. Pehle, Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt a.M. 1990, insbesondere S. 41 f.
 - 65 Vgl. Morsch, Arbeiterschaft, S. X. Daß auf der politischen Ebene Kompetenzkonkurrenz und »kalkulierte Improvisation« höchst effektiv im Sinne des NS-Regimes war, hat Eberhard Kolb (Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparats im NS-System, in: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, insbesondere S. 273) überzeugend nachgewiesen.

66 Vgl. hier die aufschlußreiche Darstellung des wirtschaftspolitischen »Insiders« Erich Welter, Falsch und richtig planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1954, insbesondere S. 30 f., 36 f. In welchem Ausmaß das »Planungschaos« während des Krieges Beschäftigungslosigkeit (bei gleichzeitig gravierendem Arbeitskräftemangel) zur Folge hatte, ist z.B. bei Marßolek/Ott, Bremen, S. 393 f.: nachzulesen. Daß aus dem gleichen Grund auch REFA nicht zur vollen Wirkung gelangte, ist oben angesprochen (vgl. Anm. 25).

Tabellen

Tabelle 1: Verbreitung der Fließarbeit mit und ohne Band in den Zweigen der metallverarbeitenden Industrie bis 1931 (nach einer Erhebung des »Deutschen Metallarbeiterverbandes«; in v.H. sämtlicher in die Erhebung einbezogener Betriebsabteilungen)

	Betriebsabteilungen, die bis 1931 ... eingeführt hatten			Betriebe, die die Zahl	
	Fließband- arbeit	Fließarbeit ohne Band	Serien fabrikation	REFA- Verfahren	der produzier- ten Typen (a) verringert hatten
Elektroindustrie	17,0 %	18,3 %	10,6 %	53,7	1,0 % (312)
Automobil- und Fahrradbau	11,6 %	17,3 %	14,4 %	34,2 (b)	- (173)
Eisen-, Stahl- u. Metallwarenind.	8,6 %	12,3 %	4,6 %	28,8	0,6 % (518)
Feinmechanik und Optik (c)	5,4 %	18,5 %	13,8 %	37,6	0,8 % (130)
Maschinen- und Apparatebau (d)	3,3 %	14,6 %	10,9 %	60,4	0,2 % (826)
Lokomotiv- und Waggonbau	3,1 %	21,7 %	12,4 %	(e)	- (129)
Schiffbau	-	10,4 %	12,5 %	(e)	- (48)

(a) Zahl der erhobenen Betriebsabteilungen (nicht Unternehmen!).

(b) Einschließlich Lokomotiv-, Schiffs- und Waggonbau.

(c) Einschließlich Uhrenindustrie.

(d) Einschließlich Land-, Büro- und Nähmaschinenindustrie.

(e) Unter Automobil- und Fahrradbau.

(Quelle: Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes (Hg.), Die Rationalisierung in der Metallindustrie, Berlin 1932, S. 78, 80, 86, 99, 107, 109, 117, 123, 138, 154, 156, 195.)

Tab. 2: Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde in verschiedenen Industriezweigen 1929 bis 1938 (1936 = 100,0).

	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Industrie insgesamt	85,4	96,9	96,1	91,2	98,1	100,0	101,2	102,9	-
Eisen- u. Metallgewinnung	97,1	83,0	86,7	89,4	95,4	100,0	99,2	104,0	95,5
Metallverarbeitung	92,9	114,9	103,2	91,4	93,5	100,0	104,6	110,3	122,8
Chemieindustrie	-	-	-	93,0	95,2	100,0	118,5	121,2	-
Textilindustrie	83,4	96,3	101,4	97,4	102,3	100,0	100,1	109,7	-
Nahrungs- u. Genußmittelind.	98,9	103,9	95,7	97,3	95,4	100,0	102,1	110,6	-
Holzverarbeitung	92,4	100,3	103,4	96,1	105,2	100,0	96,6	95,4	-
Ind. d. Steine und Erden	122,6	99,5	86,8	84,0	103,1	100,0	97,4	94,4	-
Bauindustrie	-	-	-	-	-	100,0	92,4	81,7	-

(Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, S. 384 f.; Walther G. Hoffmann. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 392 ff.)

Tabelle 3: Verwirklichung des »Lohngruppenkataloges Eisen und Metall« bis 1944 – Anzahl der Betriebe in ausgewählten Regionen

	Anordnungen	Meldung (b) absolut v.H.(e)	Genehmigung (c) absolut v.H.(e)	Umsetzung absolut v.H.(e)
Mecklenburg	22	14 63,6	11 50,0	5 22,7
Schleswig-Holst.	130	? ?	? ?	26 20,0
Hamburg	85	29 34,1	18 21,2	13 15,3
Weser-Ems	62	33 53,2	5 8,1	3 4,8
Norddeutschland insgesamt	299	? ?	? ?	47 15,7
Berlin	1832	566 30,9	199 10,9	0 0,0
Thüringen	286	278 97,2	231 80,8	176 61,5
Deutsches Reich (f) insges.	10710	3755 35,1	1783 16,6	1317 12,3

(Wortlaut der Fragen der Erhebung:)

(a) Wieviel Betrieben wurde bisher die Auflage zur Erstellung des betrieblichen Lohngruppenkataloges erteilt?

- (b) Welche Betriebe haben den Betriebslohngruppenkatalog eingereicht?
 - (c) Bei welchen Betrieben wurde der Betriebslohngruppenkatalog in Ordnung befunden?
 - (d) Welchen Betrieben ist die Anordnung der Betriebslohnordnung erteilt worden?
 - (e) Jeweils in v.H. der »Auflagen zur Erstellung des betrieblichen Lohngruppenkataloges«.
 - (f) Einschließl. Österreich, Sudetenland und Westpreußen/Danzig.
- (Quelle: BA Koblenz R 41/Bd. 61, Bl. 83 Rs und 84.)

Tab. 4: Zusammensetzung der Arbeiterschaft in der metallverarbeitenden Industrie 1928 bis 1939 (in v.H. der Gesamtarbeiterschaft).

	in v.H. der männlichen Gesamtarbeiterschaft			in v.H. der männlichen und weiblichen Gesamtarbeiterschaft	
	Facharbeiter	Angelernte	Hilfsarbeiter	Facharbeiter	(a)
1928 (b)	57,7 %	21,8 %	16,4 %	48,4 %	(St.R.)
1931 (b)	60,1 %	27,4 %	12,5 %	49,0 %	(St.R.)
1933 (c)	61,7 %	21,8 %	16,6 %	51,2 %	(St.R.)
1935 (d)	57,9 %	27,8 %	14,4 %	50,7 %	(St.R.)
(e)	59,0 %	27,1 %	13,9 %	50,8 %	(St.R.)
1936 (c)	58,6 %	27,6 %	13,8 %	51,0 %	(St.R.)
1937 (e)	57,8 %	-	-	49,1 %	(DAF)
1938 (f)	57,4 %	-	-	49,1 %	(DAF)
(c)(h)	52,1 %	32,1 %	15,8 %	-	(St.R.)
1939 (f)	55,1 %	-	-	44,9 %	(DAF)
(g)	54,4 %	32,6 %	13,0 %	46,2 %	(St.R.)

- (a) Institution, die die Erhebung vornahm (St.R. = Statistisches Reichsamt; DAF = Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF).
- (b) Okt. (c) Juni. (d) Aug. (e) Dez. (f) März. (g) Mai.
- (h) Berechnet auf Basis der Angaben von Behrens zur Zusammensetzung der Arbeiterschaft in zwei nicht näher bezeichneten Wirtschaftsgebieten nach der Einzellohnerhebung vom Juni 1939 (Vom Statistischen Reichsamt wurden keine Zahlen über sämtliche erfaßten Arbeiter nach Schichten veröffentlicht.)

(Quelle: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1930, S. 292; 1933, S. 267; Wirtschaft und Statistik, 1935, Sonderbeilage Nr. 13, S. 4 ff.; 1936, S. 204, 328; 1944, S. 59; Friedrich Behrens, Die Mittelwerte in der Lohnstatistik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 149/1939, S. 680; Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF. Die lohnpolitische Lage (Okt. 1939), nach: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 1261.)

Tabelle 5: Zusammensetzung der Arbeiterschaft der Werkzeugmaschinenindustrie 1940 bis 1944 (in v.H. der Gesamtarbeiterschaft)

	Facharbeiter	Angelernte	Hilfsarbeiter
1940	59,6	25,7	14,7
1941	55,9	26,7	17,4
1942	48,9	29,4	21,7
1943	38,9	29,3	31,8
1944	33,4	27,8	38,8

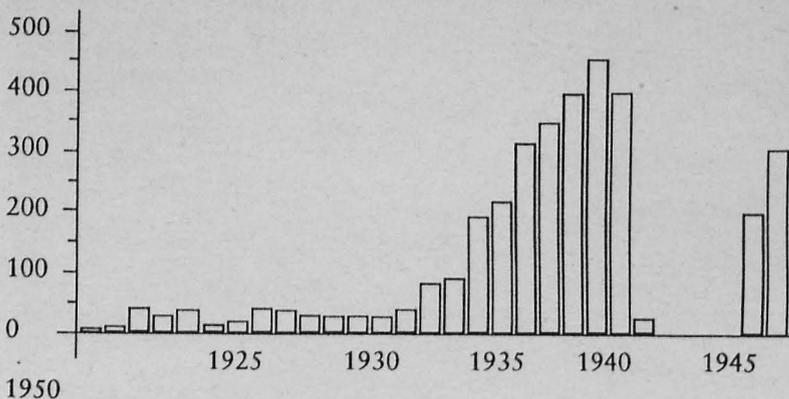
(Quelle: United States Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, 1945, S. 227.)

Tabelle 6: Arbeiterinnen nach Alterskohorten und Familienstand in verschiedenen Industriezweigen (in v.H. aller Arbeiterinnen; nach den Berufszählungen)

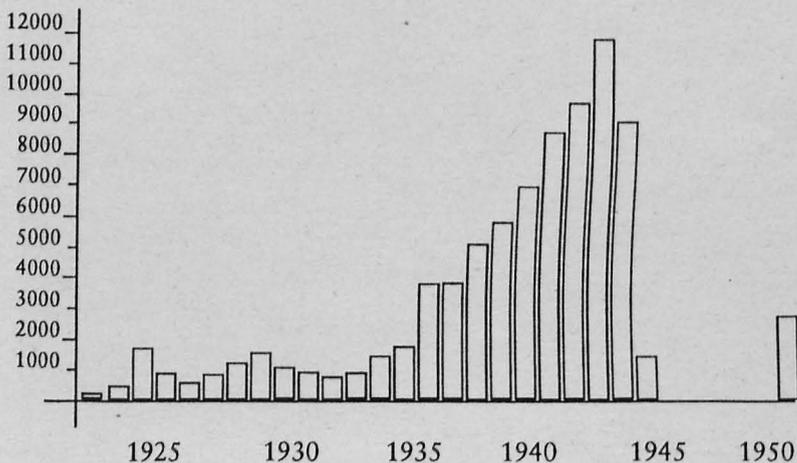
	Alter						Familienstand					
	unter 25 Jahre			25 bis unter 40 Jahre			40 Jahre und älter			Anteil der verheirateten Arbeiterinnen		
	1925	1933	1939	1925	1933	1939	1925	1933	1939	1925	1933	1939
Chemieindustrie	56,7	47,8	33,6	28,1	37,9	43,8	15,2	14,3	22,6	16,7	21,2	36,2
Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugb.	49,9	41,9	28,7	31,4	39,0	47,2	18,7	19,1	24,1	20,1	25,0	44,9
Elektroindustrie, Feinmech. u. Optik	48,8	37,3	29,0	37,7	45,4	48,7	13,5	17,3	22,3	21,6	27,1	42,7
Textilindustrie	50,5	40,2	29,3	28,6	39,1	41,4	20,9	20,7	29,3	25,5	35,6	48,3
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	54,2	43,0	35,3	28,3	37,9	38,8	17,5	19,1	25,9	20,0	31,4	39,0
Bekleidungsindustrie	58,6	54,5	42,8	26,8	29,1	33,6	14,6	16,4	23,6	23,0	20,9	33,1
Industrie und Handwerk				28,1	36,0	40,3				21,2	28,4	41,3
insgesamt	55,9	45,8	33,9				16,0	18,2	25,8			

(Quelle: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 400, S. 188; Bd. 453/2, S. 4-51; Bd. 556/2, S. 2 f., 8-15.)

Abbildung 1: Refa-Lehrgänge und -Lehrgangsteilnehmer 1922-1950.
Lehrgänge



Teilnehmer



Anmerkungen:

- Vor Okt. 1924 Lehrgänge und Lehrgangsteilnehmer des Vorgängers des Refa, des »Ausschusses für Zeitstudien« innerhalb des »Ausschusses für Wirtschaftliche Fertigung« im »Verein Deutscher Ingenieure«.
- Die Zahlen für die letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges wurden von Pechhold geschätzt, da die offiziellen Unterlagen des Refa verloren gingen.

(Quelle: Engelbert Pechhold, 50 Jahre Refa, Darmstadt 1974, S. 67, 87, 121, 142.)